Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kiliringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4199

Schriftleitung für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sozialdienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf Grund schriftlicher Bestellung gestattet. Bestellung beträgt 4 Seiten
vor dem Quartalsschluß, wenn nicht anders bestellt ist. Bezugspreis für jede Seite 3 Pfg.

Berlin, den 30 September 1931

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Der schwache Völkerbund.

SPD. Die XI. Jahresversammlung des Völkerbundes, die soeben nach dreiwöchiger Dauer geschlossen worden ist, hat schon deshalb das Jnteresse der Weltöffentlichkeit weniger auf sich gelenkt als die früheren, weil sie von vornherein unter der dreifachen Konkurrenz anderer Ereignisse lag: dem Regierungswechsel in England, der deutsch-französischen Aussprache in Berlin und der bevorstehenden Weltabrüstungskonferenz Anfang 1932. Von den Regierungschefs der Grossmächte war kein einziger erschienen. England, durch seine inneren Sorgen voll in Anspruch genommen, hatte nicht einmal seinen Aussenminister entsandt. Anstelle von Henderson, der in den letzten zwei Jahren der grosse Animator des Völkerbundes gewesen war und der nunmehr das britische Auswärtige Amt verlassen hat, war Lord Robert Cecil erschienen, der zwar seit jeher starkes Ansehen in Genf geniesst und über grosse Völkerbundserfahrung verfügt, aber als Beauftragter einer neuen Regierung, die durch Budget- und Währungskrisen vollkommen absorbiert ist, war er in seiner Aktionsfähigkeit stark gehemmt. So konnte in diesem Jahre nicht einmal die grosse politische Aussprache, an der sich Männer wie Briand, Curtius, Cecil und Grandi beteiligten, das Jnteresse der Welt auf Genf konzentrieren.

Eine gewisse Völkerbundsmüdigkeit unter den Völkern ist unverkennbar. Briand bemühte sich zwar in seiner Rede, den Völkerbund gegen den Vorwurf des Versagens zu verteidigen, aber seine Argumente vermochten doch nicht die Tatsache aus der Welt zu schaffen, die für das Urteil der breiten Massen allein entscheidend ist, dass nämlich in den Zeiten der grössten Weltwirtschaftskrise der Völkerbund nicht imstande ist, die Regierungen zu positiven Ueberwindungsmassnahmen zu veranlassen. Auch das Europakomitee hat, abgesehen von schwachen Anfängen, vor allem auf dem Gebiet des internationalen Agrarkredits, noch nichts Positives zu schaffen vermocht,

Eine gewisse Belebung der Genfer Verhandlungen brachte der italienische Vorschlag eines Rüstungsstillstandes, zu dem sich alle Mächte bis zum Abschluss der Weltabrüstungskonferenz feierlich verpflichten sollten. Gleichviel aus welchen Motiven dieser Antrag eingebracht worden sein mochte, seine Verwirklichung wäre nützlich gewesen, und das haben nicht nur die Vertreter der neutralen Staatengruppe anerkannt, sondern sogar die Leitung der Sozialistischen Arbeiter-Jnternationale hat sich - bei aller unnachgiebigen Bekämpfung des italienischen Faschismus - für diesen Antrag eingesetzt. Es musste schon peinlich auffallen, dass Briand in seiner Rede auf diesen Vorschlag mit keinem Wort eingegangen war. Von Frankreichs Entscheidung hing aber das Schicksal dieser Anregung ab. Erst gegen Ende der Tagung, nach der Abreise Briands, brachte Frankreich durch Massigli den italienischen Antrag zum Scheitern. Von dem ursprünglichen Gedanken ist schliesslich nur noch ein schwacher Ersatz in der Form einer unverbindlichen Empfehlung an die Regierungen gerettet worden.

Auch wirtschaftlich und finanziell sind die Leistungen der diesjährigen Völkerbundstagung nicht überwältigend. Frankreich hat durch seinen reaktionären Finanzminister Flandin deutlich zu verstehen gegeben, dass es nicht gewillt ist,

seine gegenwärtige Vorherrschaft preiszugeben: die ungeheuren Goldreserven, die es aufgestapelt hat, werden nach wie vor als politisches Machtmittel gebraucht. Das hat vor allem die österreichische Regierung erfahren müssen, der der Völkerbund nur unter ganz besonders drückenden Bedingungen, die von Frankreich im sozialreaktionären Sinne weitgehend beeinflusst wurden, seine Hilfe gewährte. Eine Neuverteilung der Goldvorräte der Welt, wie sie vor allem von englischer Seite angeregt wurde, hat Frankreich rundweg abgelehnt.

Ganz unerwartet erfuhr indessen die Völkerbundsversammlung in ihrem letzten Tagungsabschnitt eine wesentliche Belebung durch die Ereignisse in der Mandschurei. Für den Völkerbund schlug damit eine grosse Stunde. Er hätte Gelegenheit gehabt, sich mit einem Schlage vor aller Welt zu rehabilitieren und alle böswilligen Kritiker zum Schweigen zu bringen; wenn er nämlich die Entschlusskraft aufgebracht hätte, das schwache China gegen einen militaristischen Ueberfall durch das starke Japan zu schützen. Dazu wäre er nach seiner Satzung verpflichtet gewesen. Er ist aber vor der Gefahr zurückgewichen, dass sich Japan über seine Beschlüsse einfach hinwegsetzen würde. Zugegeben, dass der Fall überaus schwierig war und dass angesichts der Weltwirtschaftskrise die übrigen Grossmächte in ihrer Aktionsfähigkeit stark beschränkt waren, was die japanischen Jmperialisten bewusst und rücksichtslos ausnützten; zugegeben auch, dass es für den Völkerbund eine noch schlimmere Katastrophe gewesen wäre, wenn er durch einen Spruch eindeutig gegen Japan Stellung genommen hätte, aber nicht fähig wäre, seiner Entscheidung auch tatsächliche Geltung zu verschaffen. Dennoch bleibt als Endergebnis die Tatsache bestehen, dass offenkundiges Unrecht nicht wieder gutgemacht werden konnte und die Drohung Japans mit dem Austritt aus dem Völkerbund die Grossmächte zwang, sich mit einer sehr mangelhaften und ungerechten Kompromisslösung abzufinden. Dass es gerade Lord Cecil war, der das Signal zu diesem Rückzug des Völkerbundes gab, beweist am deutlichsten die Aktionsunfähigkeit der Grossmächte unter dem Druck der Wirtschaftskrise. Jmmerhin mag als ein Plus die Tatsache verzeichnet bleiben, dass der Völkerbund durch sein Eingreifen den Konflikt in den Mittelpunkt seiner Beratungen und damit der Weltöffentlichkeit rückte und wenigstens bis zu einem gewissen Grade einen mässigenden Einfluss auf Japan auszuüben vermochte.

Aber trotz der Versicherung durch den gegenwärtigen Ratspräsidenten Lerroux, dass der Völkerbundsrat diesen Konflikt weiter verfolgen und nicht ruhen werde, bis er zu einer befriedigenden Lösung gebracht wird, bleibt für die Völker der peinliche Eindruck, dass der Völkerbund eben noch nicht das ist, was er sein sollte. Er befindet sich noch in seinem Anfangsstadium. Freilich bedeuten die elf Jahre seiner Existenz im Rahmen der Weltgeschichte nicht viel. Umsomehr ist es die Aufgabe der arbeitenden Massen in allen Ländern, aus den bisherigen Erfahrungen die Lehre zu ziehen, dass der Völkerbund erst zu einem wirklichen Jnstrument des Friedens und der Gerechtigkeit gemacht werden muss. Nicht Preisgabe, sondern Stärkung des Völkerbundes ist die Aufgabe, und sie kann nur erfüllt werden durch die fortschreitende Eroberung der Macht in den einzelnen Ländern durch den internationalen Sozialismus.

SPD. Wien, 30. Sept. (Eig.Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Nationalrat eine Anfrage eingebracht in der die Regierung u.a. um Auskunft darüber gebeten wird, was sie gegen die Heimwehrputschisten, die sich in Beamtenstellung befinden, unternommen habe, warum die Waffen der Heimwehr bisher noch nicht beschlagnahmt sind und die Heimwehr noch nicht aufgelöst ist. Jn der Anfrage wird die Regierung dann noch um Auskunft darüber ersucht, ob ihr bekannt ist, dass die Heimwehr in Steiermark und Oesterreich öffentlich eine Wiederholung des Putsches angekündigt hat und was die Regierung unternommen habe, um einem derartigen Plan von vornherein wirksam zu begegnen.

SPD. Am Mittwoch brachten die Führer der Sozialdemokratischen Partei in einer Besprechung beim Reichskanzler Dr. Brüning die in der neuen Notverordnung zu regelnden Fragen zur Sprache. Sie unterrichteten den Reichskanzler nochmals eingehend über ihren Standpunkt namentlich inbezug auf die Frage der Neuregelung der Arbeitslosenversicherung und der restlosen Aufrechterhaltung des Tarifrechts. Sie legten insbesondere Gewicht darauf, dass eine weitere Herabsetzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung nicht zu tragen sei. Im Zusammenhang damit wurde nochmals betont, dass die zugesagte Beseitigung der schlimmsten sozialen Härten aus der Juni-Notverordnung nunmehr in der kommenden Notverordnung erfolgen müsse. Der Reichskanzler nahm diese Ausführungen zur Kenntnis und erklärte, dass das Reichskabinett sich bereits in den nächsten Tagen abschliessend mit dem Inhalt der neuen Notverordnung befassen werde.

Im Verlauf der Aussprache erklärte der Reichskanzler, dass die Pressemeldungen, wonach sich die Reichsregierung mit dem Programm der Wirtschaftsverbände identifiziere und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen der Begründung entbehren.

SPD. Breslau, 30.September (Eig.Drahtb)

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Breslau wurde von dem Bezirksvorstand Mittelschlesien der SPD seines Amtes enthoben. Diese Massnahme ist darauf zurückzuführen, dass sich der Vorsitzende der Breslauer Ortsgruppe der SPD mit den aus der Sozialdemokratie ausgeschlossenen Abgeordneten solidarisch erklärte.

Der äussere Auftakt der Absplitterungsbewegung innerhalb der Breslauer Parteiorganisation erfolgte am Dienstag-Abend mit einer Kundgebung der SAJ., der Arbeitsgemeinschaft junger Sozialisten (Ersatz für die früheren Jungsozialisten), sowie der sozialistischen Studenten und Schüler. Eingeleitet wurde diese Versammlung mit dem kommunistischen roten Matrosenlied. Dann sprach der bisherige Parteivorsitzende Ernst Eckstein. Er teilte zunächst mit, dass Seydewitz und Rosenfeld ausgeschlossen seien und polemisierte dann gegen die Koalitions- und Tolerierungspolitik. Die Partei sei bisher stets an entscheidender Stelle zurückgewichen und habe den Zusammenhang mit der Jugend verloren. Wenn in Breslau die Parteibewegung viel lebhafter sei, so liege das an der hier vorgenommenen Verjüngung des Parteiapparates. Schliesslich erklärte Eckstein, dass diejenigen, die sich jetzt schon als ausserhalb der Partei stehend fühlen, frei von aller Schuld seien. Der Weg des Rückzuges zur Schrebergartenpflege habe zwar noch offengestanden, werde aber von der Breslauer Partei nicht beschritten werden. Die Kundgebung endete mit der Annahme einer Entschliessung, in der gesagt wird, dass die proletarische Jugend in Breslau stets den Kampf der Linken gegen die Tolerierungspolitik mit glühender Sympathie verfolgt habe Weiter heisst es wörtlich: "Die proletarische Jugend Breslaus verurteilt die Tat des Parteivorstandes, der damit die Sozialdemokratische Partei spaltet, und gelobt, treu zu Rosenfeld und Seydewitz als ihren Führern im Klassenkampf zu stehen."

Die Antwort des Bezirksvorstandes Mittelschlesien auf diese Entschliessung mit der der erste Trennungsstrich vollzogen war, erfolgte am Mittwoch bereits in den frühen Vormittagsstunden. Der Ortsvorstand Breslau wurde mit sofortiger Wirkung seiner Ämter enthoben. Ausserdem wurde der bisherige Ortssekretär Max Rausch ebenfalls unverzüglich von seinem Posten entfernt. Ferner hat der Bezirksvorstand die für Freitag angekündigte Funktionär- und Vertreterversammlung in der Seydewitz sprechen sollte, abgesagt. Die Geschäfte des Ortsvereins wurden dem Bezirkssekretär Bretthorst übertragen.

Unter der Ueberschrift "Für die Einheit der Sozialdemokratischen Partei! Nieder mit den Spaltern!" beschäftigt sich die Mittwoch-Ausgabe der "Volkswacht" sehr ausführlich mit den Absplitterungsmachenschaften der Breslauer

Opposition. Rücksichtslos geisselt ein Aufruf des Bezirksvorstandes das Betragen der Ultralinken. In diesem Aufruf heisst es u.a.: "Nur wegen der sonderorganisatorischen Bestrebungen, nicht aber wegen ihrer kritischen Haltung zur politischen Taktik erfolgte der Ausschluss von Seydewitz und Rosenfeld. Da Eckstein als Vorsitzender der Ortsgruppe Breslau am Dienstag in der Jugendkundgebung erklärte, dass er hinter Seydewitz und Rosenfeld stehe, und da auch Ziegler sich mit den Ausgeschlossenen solidarisch erklärte, ist der Spaltpilz auch in den Bezirk Mittelschlesien der SPD getragen worden. Niemand denkt daran irgend ein Mitglied in seiner Meinungsfreiheit zu beschränken. Jeder hat sie bisher in der Partei unbegrenzt zum Ausdruck bringen können. Gerade auch die Breslauer Genossen haben von dieser Freiheit immer den grössten Gebrauch gemacht, ohne dass sie je behindert worden sind. Das wird auch weiter so bleiben."

Verlag und Redaktion der "Volkswacht" verurteilen das Treiben der Gruppe um Eckstein und Ziegler ebenfalls in einer Erklärung mit folgenden ausserordentlich scharfen Wendungen: "Die Handlungsweise der jetzt von der Partei Absplitternden ist nichts weiter als Treubruch in schwerster Kampfzeit und ein schweres politisches Verbrechen. Es handelt sich allein darum, dass die fraglichen Genossen es nicht über sich bringen können, sich den Beschlüssen der höchsten Parteiinstanz zu fügen, die für jedes Mitglied einer politischen Kampforganisation bindend sein müssen. Redaktion und Verlag der "Volkswacht" sowie der "Volkswacht"-Kopfblätter erklären, dass sie, unbeschadet der politisch-taktischen Auffassung der einzelnen Redakteure, treu hinter der Partei stehen und jeden versuch von Absplitterungen aufs schärfste bekämpfen werden."

Welche Entwicklung die zweifellos schon von langer Hand systematisch vorbereitete Absplitterungsbewegung in Breslau weiterhin nehmen wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Am Mittwoch erklärte Eckstein, wie bürgerliche Abendblätter melden, einem Vertreter der "Schlesischen Korrespondenz", dass er sich im Gegensatz zu dem Bezirksbeschluss die Vorstandsgeschäfte nicht aus der Hand reissen lassen werde. Er nehme bestimmt an, dass die überwiegende Mehrheit der Breslauer und der schlesischen Arbeiterschaft hinter ihm stehe. Die Gründung einer neuen Partei wird von Eckstein durchaus in den Bereich des Möglichen gestellt. An dieser Arbeit werde sich mit ihm der Reichstagsabgeordnete Ziegler-Breslau beteiligen.

Im Laufe des Mittwoch haben die Spalter ein Heim der Breslauer SAJ besetzt. Eckstein persönlich verweigerte einem Beauftragten des Bezirksvorstandes den Zutritt, als dieser das Heim für die Partei sicherstellen wollte. Aus anderen Heimen der SAJ in Breslau haben Oppositionelle in der Nacht zum Mittwoch die Möbel ausgeräumt.

SPD. Die aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossenen Abgeordneten lassen durch bürgerliche Agenturen mitteilen, dass sie in Zukunft unter dem Namen "Sozialistische Arbeiterpartei" firmieren, dass sie am Sonntag in Berlin eine Reichskonferenz abhalten und ab 1.November eine Tageszeitung herausgeben werden.

Als das "Berliner Tageblatt" am Tage nach der letzten Parteiausschusssitzung die Gründung einer neuen Partei durch Rosenfeld und Seydewitz ankündigte und zugleich die Herausgabe einer Tageszeitung durch die gleichen Abgeordneten als bevorstehend mitteilte, bezeichneten Seydewitz und Rosenfeld alles als unwahr. Jetzt stellt sich heraus, dass das, was sie behauptet haben, unwahr ist. Noch bevor sie aus der Partei ausgeschlossen wurden, waren sie mit ihren sonderorganisatorischen Bestrebungen weiter als sie es selbst wider besseres Wissen wahr haben wollen..

SPD. Paris, 30.September (Eig.Drahtb.)

Laval und Briand erstatteten dem Ministerrat am Mittwoch-Vormittag Bericht über ihre Berliner Reise. In dem darüber ausgegebenen amtlichen Kommuniqué heisst es, dass der Ministerrat sie einstimmig zu der Art und Weise beglückwünschte, in der sie sich ihrer Mission entledigt haben. Nähere Angaben über die Ministerberatung wurden nicht gemacht. Laval teilte nach der Bekanntgabe des Kommuniqués mit, dass die französischen Mitglieder der deutsch-französischen Kommission demnächst ernannt würden.

SPD. Im Wohnungsausschuss des Reichstages haben die sozialdemokratischen Vertreter folgenden Antrag eingebracht:

"Die ungeheure Arbeitslosigkeit macht die Neubelebung des Wohnungsbaus zur gebieterischen Notwendigkeit. Daher muss bei einer Neugestaltung der Hauszinssteuer auf folgende Punkte Rücksicht genommen werden: 1. Die Mittel für den Wohnungsbau müssen im bisherigen Umfang erhalten bleiben und ausschliesslich für den Kleinwohnungsbau verwendet werden. 2. Die Ausgleichung für die Mehrbelastung der Hausbesitzer durch die Erhöhung des Aufwertungszinssatzes darf nur individuell im Rahmen der Notverordnung vom 5.Juni 1931 durchgeführt werden. 3. Die Eigentümer von Alteigenheimen mit einem Friedenswert bis zu 5000 RM sind von der Hauszinssteuer freizustellen. 4. Wenn darüber hinaus eine Senkung der Hauszinssteuer durchgeführt werden soll, muss sie für die Senkung der Mieten, in erster Linie für die Senkung der Neubaumieten verwendet werden.

SPD. Tokio, 30.September (Eig.Drahtb.)

Aus Schanghai wird gemeldet, dass der chinesische Aussenminister Wang, der kürzlich bei einem Attentat schwer verletzt wurde, sein Amt niedergelegt hat. An seine Stelle sei der chinesische Delegierte beim Völkerbund Sze mit der Leitung des Aussenamts beauftragt worden.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die nationalsozialistischen Mörder vom Sturm 33 wurde am Mittwoch-Nachmittag nach mehr als 24stündiger Beratung das Urteil gegen die Mörder des Arbeiters Grünberg verkündet.

Der 28jährige frühere Kaufmann Foyer wurde wegen vollendeten und versuchten Totschlags in Tateinheit mit Raufhandel, sowie wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz und die Notverordnung über Waffenmissbrauch zu insgesamt 5 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, der 31jährige Bäcker Fritz Dommnig erhielt wegen versuchten Totschlags und Widerstands gegen die Staatsgewalt, sowie wegen Beamtenbeleidigung insgesamt 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden Dommning auf die Dauer von 2 Jahren abgesprochen. Der Angeklagte Schmied Friede erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung in Gemeinschaft mit Raufhandel 2 Jahre Gefängnis. Der Lehrling Konrad Dommnig, der einzige Angeklagte, der sich nicht in Haft befindet, wurde freigesprochen. Die Untersuchungshaft soll den Angeklagten angerechnet werden, die Waffen und Geschosse, die zu der Mordtat benutzt worden sind, werden eingezogen. Die Kosten des Verfahrens tragen, soweit eine Verurteilung erfolgt ist, die Angeklagten.

Als das Urteil gefällt war, stürzte die Mutter des erschossenen Arbeiters Grünberg in grösster Erregung, laut schreiend, auf die Angeklagtenbank zu und rief immer wieder: "Ihr Nazihunde, ihr habt mir meinen Sohn ermordet!" Des Publikums bemächtigte sich während dieser erschütternden Szene grosse Aufregung. Die unglückliche Mutter, die mit ihrer Handtasche nach den Angeklagten

warf, wurde schliesslich aus dem Saal getragen. Draussen brach sie völlig zusammen. Während sich Staatsanwalt, Justizwachtmeister und Nebenkläger um die Unglückliche bemühten, hörte man sie immer wieder wimmern: "Mein geliebter Sohn, mein geliebter Sohn! Sie haben ihn ermordet." Für die seelische Verrohung der nationalsozialistischen Mordbuben auf der Anklagebank ist es bezeichnend, dass sie den Verzweiflungsausbruch der schwergeprüften Mutter mit höhnischem Lachen und ironischen Zurufen beantworteten. Hier scheint wirklich jedes Gefühl für Menschlichkeit völlig ausgelöscht zu sein.

SPD. Genf, 30.September (Eig.Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat sich am Mittwoch auf den 14.Oktober vertagt.

Die letzten Beratungen des Rats galten dem Konflikt in der Mandschurei. Sie wurden einmal auf eine Stunde unterbrochen, da Japan sich der Aufnahme einiger chinesischer Vorschläge in der abschliessenden Entschliessung erfolgreich widersetzte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlas der Ratspräsident zunächst eine Erklärung, in der gesagt wird, dass Japan mit der Vertagung Zeit gelassen werden solle, seine Truppen ohne Schaden für das Leben und Eigentum der Japaner in der Mandschurei zurückziehen zu können. Die dann verlesene Entschliessung nimmt Kenntnis von den Massnahmen Japans nach dem Eingreifen des Rates, unterstreicht die Bedeutung der japanischen Erklärung, wonach keine Eroberungsabsichten in der Mandschurei bestehen, wünscht, dass in kürzester Frist die Truppen restlos zurückgezogen werden und macht China verantwortlich für die Sicherheit der japanischen Interessen ausserhalb der Eisenbahnzone, sobald die chinesischen Behörden und die Polizei wieder eingesetzt sei. Von beiden Parteien wird die Beschleunigung der Wiederaufnahme normaler Beziehungen und die fortlaufende Unterrichtung des Rates über die Entwicklung der Lage verlangt. Wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eine dringende Einberufung des Rates notwendig machen, wird er am 14.Oktober in Genf zusammentreten, um die Lage zu prüfen. Falls auch der Zusammentritt des Rates am 14.Oktober nicht mehr nötig ist, soll der Präsident in Uebereinstimmung mit den Parteien und den übrigen Ratsmitgliedern die Sitzung annullieren.

Yoshizawa nahm die Entschliessung ohne Vorbehalt an. Für die offen gebliebene Frage der Beschaffung von Informationen an Ort und Stelle lehnte er spezielle Massnahmen ab. Jedes Mitglied des Rates könne dagegen an das Sekretariat alle Informationen senden, die seine Regierung am Ort der Ereignisse gesammelt habe.

Chinas Vertreter Sze stellte mit Befriedigung fest, Japan habe endlich anerkannt, dass der Rat Informationen am Ort nötig habe. China werde gern dazu beitragen. Die Erklärung Japans sei der erste Schritt zur Herstellung normaler Beziehungen. Indem der Rat bis zur Herstellung des status quo weitertage, habe er seine Verantwortung voll gewahrt. Wenn am 14.Oktober der Rückzug der japanischen Truppen vollständig erfolgt sei, hätten die Einrichtungen des Völkerbundes ihre Wirksamkeit bewiesen, wenn aber nicht, müsse der Rat weitere Massnahmen erwägen. Für diesen Fall habe China eine Untersuchungskommission vorgeschlagen. Er hoffe aber, dass bis dahin keine neue Aktion nötig sei. Die Herstellung des status quo sei nur ein vorläufiger Schritt. China behalte sich alle Rechte aus dem Völkerbundspakt vor, die Hilfe auch bei den darauf folgenden Verhandlungen über die Feststellung der Verantwortlichkeit und der Wiedergutmachungsschäden in Anspruch zu nehmen. Mit diesem Vorbehalt nahm China die Resolution an, während Japan ausdrücklich die chinesische Auslegung zurückwies.

Vorher hatte der Rat den in der Vollversammlung bereits angenommenen Konventionsentwurf über die Kriegsverhütungsmittel, der den Regierungen zur Zeichnung zugeht, die Entschliessung über das Rüstungsfeierjahr und die Aufforderung an die Regierungen angenommen, bis zum 1.November die noch fehlenden Mit-

teilungen über den Stand der Rüstungen zu liefern. Frankreich stellt die Unterzeichnung des Kriegsverhütungsabkommens in Aussicht. Graf Bernstorff-Deutschland begrüsste die Verwirklichung dieses Abkommens, das von Deutschland angeregt worden sei. Die deutsche Regierung werde es in kürzester Frist unterzeichnen.

SPD. Das Reichsernährungsministerium hat in den letzten Tagen mit den Spitzenorganisationen des Handels die Frage erörtert, wie die Arbeitslosen mit verbilligten Kartoffeln versorgt werden können. Zunächst hat man für Berlin einen Beschluss herbeigeführt, wonach der Zentner Speisekartoffeln um eine Mark verbilligt wird. Alles weitere soll der Berliner Magistrat mit den Organisationen des Gross- und Kleinhandels regeln.

In Berlin kosten die Speisekartoffeln gegenwärtig etwa pro Zentner 2;75 bis 3.-- Mark. Das ist ein ungeheuer hoher Preis,der in keinem Verhältnis zu dem Preis steht, für die die Kartoffel gegenwärtig von den Bauern zum Beispiel in der Mark Brandenburg abgegeben wird. Auch der um eine Mark verbilligte Kartoffelpreis muss als sehr hoher Preis angesehen werden. Angesichts dieser unzulänglichen Regelung fragen wir, warum der Reichsernährungsminister nicht endlich die Initiative ergreift, um die Arbeitslosen nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich kostenlos mit Winterkartoffeln zu versorgen. Die Möglichkeit ist vorhanden, ohne dass den Beteiligten, weder den Kartoffelbauern noch dem Reich, Schaden erwächst.

SPD. Rom, 30.September (Eig.Drahtb.)

Ein Beschluss, der zu schweren Kämpfen führen kann, wurde am Mittwoch vom Kongress der faschistischen Landarbeitergewerkschaft in Mailand gefasst. Danach sollen die Landarbeiter, die ausserordentlich schlecht bezahlt und vielfach als Saisonarbeiter tätig sind und infolgedessen nicht ans Land gefesselt werden können, eine entsprechende Beteiligung am Gewinn des Gutes erhalten auf dem sie arbeiten. Wohlgemerkt: eine Beteiligung am Reingewinn, den kein Landbesitzer in der heutigen Lage ausweisen kann noch wird, nicht etwa eine Beteiligung am vollen Ertrage. Trotzdem wird dieser, zunächst rein theoretische Beschluss, sobald er praktisch ausgearbeitet wird, auf den heftigsten Widerstand der Grundbesitzer stossen. Sie dürften ihn als ersten Schritt zur allgemeinen Beteiligung der Arbeiter an den Wirtschaftsunternehmungen ansehen.

SPD. Von besonderer Seite wird uns geschrieben :

Mit einem ganz aussergewöhnlichen Taktgefühl haben sich die grossen Industrie- und Bankverbände zur Veröffentlichung ihres grossen Aufrufs zugunsten "freier Privatwirtschaft", das heisst für einen allgemeinen Abbau der Löhne, Gehälter und sozialen Schutzgesetze den Tag nach der Abreise der französischen Minister ausgesucht. Was lag ihnen daran, dass sie dadurch sowohl in deutschen als auch in französischen Arbeiter- und Linkskreisen den Verdacht, der so wie so schon entstanden war, verstärken konnten, dass es sich bei der jetzt erstrebten engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich etwa vor allem um die Herstellung einer deutsch-französischen kapitalistischen Front handelte, die schliesslich gegen die Interessen der Arbeiterklassen beider Länder ausgenutzt werden sollte.

Die Tatsache, dass auf Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Laval, unter sofortiger Zustimmung des Reichskanzlers Brüning, bei den französisch-deutschen Besprechungen in Berlin beschlossen worden ist, auch den

wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse beider Länder eine Vertretung in der neuen deutsch-französischen Wirtschaftskommission zu gewähren, konnte beruhigend wirken. Hat etwa dieser Beschluss die deutschen Unternehmerverbände veranlasst ihren zweifellos schon seit längerer Zeit vorbereiteten Aufruf sofort nach dem Abschluss der Berliner Regierungsverhandlungen zu veröffentlichen? Haben die Herren damit gerechnet, dass sie dadurch den Eindruck erwecken könnten, als ob etwa gar im geheimen die französische und die deutsche Regierung bei ihren vertraulichen Beratungen dem Programm, das in dem Aufruf enthalten ist, ihre Zustimmung erteilte? Und wenn sie etwa versucht hätten, diese Irreführung ganz bewusst herbeizuführen, hat ihnen ihr so viel gerühmtes nationales Ehrgefühl nicht gesagt, dass die Veröffentlichung eines Dokumentes von dieser Wichtigkeit in Paris bei den soeben aus Berlin zurückgekehrten französischen Ministern dengefährlichen Eindruck hervorrufen konnte, als ob man ihnen während ihres Aufenthalts in der deutschen Hauptstadt etwas Wichtiges verschwiegen hätte und dies nicht gerade zur Stärkung des so notwendigen Vertrauens zwischen den beiden Regierungen und den beiden Völkern beitragen würde?

Wir glauben zu wissen, dass man sich auf deutscher Regierungsseite nicht minder überrascht erklärte als auf französischer. Grösste Klarheit zu schaffen in dieser Hinsicht, ist jedenfalls aus innen- als auch aus aussenpolitischen Gründen nötig. Die französischen Sozialisten würden sicherlich ebensowenig bereit sein, eine Zusammenarbeit der beiden Völker als ertragbar zu betrachten, wenn sie auf Kosten der arbeitenden Schichten vor sich gehen sollte. Wenn die deutschen Unternehmerverbände geglaubt haben, dass sie den richtigen Augenblick gewählt haben um ihre grundsätzlich gegen die Interessen der Millionen-Massen der Arbeiter und Angestellten gerichteten "programmatischen Anschauungen und Forderungen" unverhüllt zu proklamieren, so haben sie sich eben wieder einmal durch ihren privatkapitalistischen Egoismus blenden lassen.

SPD. Stuttgart, 30.September (Eig.Dr.)

Das am Mittwoch abgelaufene Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel einschliesslich der Aufzüge, Aufmärsche und Propagandafahrten ist vom württembergischen Innenministerium mit Wirkung bis zum 31.März 1932 verlängert worden. Die Verlängerung wird damit begründet, dass eine Aenderung der für das Verbot massgebenden Verhältnisse in der Zwischenzeit nicht eingetreten ist und bei der zunehmenden Verschärfung der politischen Gegensätze vorerst auch nicht zu erwarten ist.

SPD. Essen, 30.September (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch feierten im Ruhrbergbau in der Mittagsschicht auf Zeche Friedrich-Ernestine in Essen von 177 Mann der Belegschaft 104, auf Zeche Vereinigte Welheim in Gladbeck von 235 Mann 130 und auf Zeche Friedrich Thyssen 4/8 in Duisburg-Hamborn von 348 Mann 133.

In Bottrop wurden am Mittwoch-Vormittag drei Kommunisten, die Streikaufrufe verteilten, verhaftet. In Gelsenkirchen wurde bei kommunistischen Führern am Mittwoch-Vormittag eine Haussuchung vorgenommen. Es wurden einige Waffen und grosse Mengen illegaler Schriften vorgefunden. Fünf Personen wurden festgenommen.

\+ + +

Die Zeche Kaiserstuhl 2 des Hoesch-Köln-Neuessener Bergwerksvereins hat Antrag auf Entlassung von 500 Bergarbeitern gestellt.

SPD. Jn der Mittwochsitzung des Preussischen Staatsrats vertraten sämtliche Parteien in der Debatte über einen Antrag der Kommunisten, gegen die Notverordnung der Preussischen Staatsregierung Einspruch zu erheben, die Auffassung, dass die preussische Notverordnung und die ihr voraufgegangene Notverordnung des Reiches mit zwingenden Vorschriften der Reichs- und Landesverfassung nicht in Einklang zu bringen sind.

Ein entsprechender Antrag des Verfassungsausschusses des Preussischen Staatsrates wurde angenommen. Jn ihm heisst es, dass eine erhebliche Anzahl der Bestimmungen das Mass des zur Beseitigung eines Notstandes Erforderliche überschreitet. Ausserdem habe die preussische Verordnung nach den Vorschriften der Preussischen Verfassung dem Staatsrat vorgelegt werden müssen.

SPD. Dresden, 30. Sept. (Eig.Drahtb.)

Jm Verlauf der Berufungsverhandlung im Disziplinar-Strafverfahren gegen den Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Tempel, der im ersten Verfahren zur Dienstentlassung verurteilt war, machten die Verteidiger Apfel-Berlin und Günther-Dresden aufsehenerregende Enthüllungen. Die Rechtsanwälte teilten mit, nach Abschluss der Voruntersuchung habe der Oberstaatsanwalt in einem Bericht an das Kabinett seine Auffassung dahin zum Ausdruck gebracht, dass keine geeignete Grundlage für ein Disziplinar-Strafverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung gegeben sei, und zwar sei es der heute wieder amtierende Oberstaatsanwalt gewesen, der dem Ministerium gegenüber sich dahin ausgesprochen habe, dass das Dienststrafverfahren gegen Tempel nicht vor sich gehen möge, weil eine geeignete Grundlage dafür nicht vorhanden sei.

Aus dieser Mitteilung geht hervor, dass das sächsische Kabinett das Verfahren gegen Tempel hat weiterführen lassen, obwohl sich die Staatsanwaltschaft gegen die Einleitung eines Disziplinarverfahrens ausgesprochen hatte. Das Gericht lehnte es übrigens ab, das Gutachten des Oberstaatsanwalts beizuziehen, und zwar mit der Begründung, dass es seine Entschliessung nur auf Grund des Ergebnisses der Hauptverhandlung zu treffen habe.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Jn Anknüpfung an eine Zeitungsnotiz war am Mittwoch bei der Presseabteilung der Reichsregierung angefragt worden, welcher Zweck mit der veröffentlichten Eingabe der Wirtschaftsverbände nach amtlicher Auffassung wohl verfolgt werde. Darauf ist amtlicherseits erwidert worden, dass nach Feststellung bei den in Betracht kommenden Verbänden die Eingabe nicht als eine Kampfansage an die Regierung, sondern als Stütze für die Regierungsarbeit angesehen werden solle. Dieser amtlichen Mitteilung war keine amtliche Stellung der Reichsregierung beigefügt. Jnsbesondere war in keiner Weise erklärt worden, dass die in der Eingabe der Verbände enthaltenen Grundsätze das Programm der Reichsregierung darstellten.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch über die Arbeitszeit im Ruhrkohlenbergbau im öffentlichen Jnteresse für verbindlich erklärt. Eine Verbindlichkeitserklärung des Lohnschiedsspruches ist nicht erfolgt. Die Frage der Lohnregelung im Ruhrbergbau wird durch Notverordnung gefegelt.werden.

SPD. Paris, 30.September (Eig.Drahtb.)

Die französische Abteilung der "Internationalen Freundschaften" veranstaltet am Sonnabend, um die Bedeutung des französischen Ministerbesuches in Berlin zu unterstreichen, ein grosses deutsch-französisches Bankett, bei dem bekannte Persönlichkeiten beider Länder Reden halten werden. Als deutsche Redner werden genannt der frühere Reichsminister Koch, Professor Georg Bernhard und Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil.

SPD. Die Sozialistische Arbeiterjugend, die erst kürzlich in Frankfurt durch ihren glänzenden und imposanten Aufmarsch zum 6.Deutschen Arbeiterjugendtag Zeugnis von der Kampfeskraft und der Schlagfertigkeit der Organisation der arbeitenden Jugend abgelegt hat, kann über weitere Erfolge berichten. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist in der Zeit von Anfang April bis Ende Juni dieses Jahres von rund 57 000 auf 59 400, also um rund 2 400 gestiegen. Damit hat die Organisation den Aufstieg des ersten Quartals fortgesetzt. Im ersten Halbjahr 1931 ist die Mitgliederzahl von rund 55 000 auf 59 400, also um rund 4 400 Mitglieder gesteigert worden. Das ist in Anbetracht der schwierigen Zeitverhältnisse und in Anbetracht des ununterbrochenen Ansturms auf die Sozialistische Arbeiterjugend von redhts und links ein prächtiger Erfolg, der beweist, dass der Kern der arbeitenden Jugend fest zu den Ideen des demokratischen Sozialismus steht.

SPD. Madrid, 30.September (Eig.Drahtb.)

Die spnaische Nationalversammlung befasst sich zurzeit mit dem Titel 3 des Verfassungsentwurfes, der eine Trennung von Kirche und Staat vorsieht. In einem Interview erklärte der Wirtschaftsminister, dass die völlige Trennung von Kirche und Staat beschlossen werden würde, aber die religiösen Orden weiter geduldet werden sollen.

SPD. London, 30.September (Eig.Drahtb.)

MacDonald teilte am Mittwoch im Unterhaus mit, dass das Parlament voraussichtlich am nächsten Mittwoch vertagt wird.

Vorläufig versucht der Premierminister noch, zwischen den Gegnern und Anhängern sofortiger Wahlen ein Kompromiss zustandezubringen, um dann an der Spitze einer "nationalen Regierung" vor das Land zu treten. Das Programm, das den Wählern bei dieser Gelegenheit vorgelegt werden soll, wird keine Einzelheiten enthalten. Die Regierung hat vielmehr die Absicht, sich vom Volke zu allen drigend notwendigen Massnahmen bevollmächtigen zu lassen. Die Liberalen sind für diesen Weg bisher noch nicht gewonnen worden.

SPD. Der Reichspräsident hat am Mittwoch-Abend folgende Notverordnung erlassen:

§ 1. Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, bei der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 27.September 1931 ergangen sind, die in dem Schiedsspruch vorgeschlagene Laufdauer der Regelung ohne Zustimmung der Parteien zu ändern.

§ 2. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Untertage-Arbeiter des Steinkohlenbergbaues des Ruhrgebiets und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom

1.Oktober bis 30.November 1931 von der Beitragspflicht zu der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenvermittlung zu befreien. Sie kann die Befreiung auch auf die UnterTage beschäftigten Angestellten und auf andere Steinkohlengebiete ausdehnen und ihre Geltungsdauer über den 30.November 1931 hinaus verlängern.

Durch die Befreiung von der Beitragspflicht wird das Versicherungsverhältnis der Arbeitnehmer nicht berührt. Der Ausfall an Beiträgen wird der Reichsanstalt vom Reich ersetzt. Die einzelnen Stellen sind verpflichtet, der Reichsanstalt alle Angaben zu machen, die zur Feststellung des Beitragsausfalls erforderlich sind. Das Nähere bestimmt der Reichsarbeitsminister.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Mord am Weser-Ufer.

Erregendes Eifersuchtsdrama in Hameln - Bluttat im Gärtnerhaus.

SPD.Hameln, 29.September (Eig.Ber.)

In der alten Rattenfängerstadt Hameln hat sich ein grausiges Geschehen zugetragen. Aus einer friedlichen Frau wurde eine Mörderin, und das Opfer war nur mit der Schuld belastet, einem Manne reizvoll zu erscheinen. Die Vorgänge sind äusserlich aufgeklärt, das Schwurgericht wird in einigen Monaten das gesetzlich festgelegte Urteil sprechen.

+

Am Ausgang der Stadt lebte ein Gärtnersehepaar namens Heckenkamp, es waren fleissige, ehrliche Leute. Das Einkommen war gesichert, das Paar hielt Kameradschaft - bis das Gespenst der Eifersucht den häuslichen Frieden zerstörte. Eine im gleichen Hause wohnende Verkäuferin, die 10 Jahre jünger war als Frau Heckenkamp und entsprechend jünger und jedenfalls hübscher aussah, erregte das Interesse des an Frauenschönheit noch interessierten Ehemannes; aber zur Aktivität, zu intimeren Beziehungen steigerte sich dieses Interesse wohl nicht. Indes wurde im Herzen der Ehefrau die Eifersucht zum Hass, und der Hass führte mit furchtbarer Schwere schicksalsstreng zur Katastrophe.

Eines abends stellte Frau Heckenkamp die vermeintliche Geliebte ihres Mannes zur Rede, die Aussprache nahm handgreifliche Formen an: schliesslich schlug die rasende Gärtnersfrau solange mit der Kohlenschaufel auf ihre Rivalin ein, bis jene tot zu Boden sank. Sie schleifte den Leichnam aus dem Hause und versuchte ihn auf eine Schiebkarre zu packen. Mit eigener Kraft konnte sie die Erschlagene jedoch nicht heben - sie nahm also einen derben Strick, band ihn dem Opfer um den Hals, brachte einen dicken Knüppel an und zog aus Leibeskräften. Endlich lag die tote Nebenbuhlerin auf der Karre. Mit festen Schritten, befriedigt im Rachegefühl, schob Frau Heckenkamp, die die Nacht vor neugierigen Blicken aus den Nachbarhäusern schützte, die grausige Fracht zum Ufer der Weser. Dort entledigte sie sich ihrer Last, schwer sackte der Leichnam ins Wasser. Die Mörderin empfand ein Gefühl der Freiheit, sie war die Rivalin los, und als ob nichts geschehen wäre, ging sie heim.

Einige Stunden später kam der Mann nach Hause; seitdem er die Reize der Verkäuferin entdeckt hatte, war er, verstimmt über das ihm jetzt so herbstlich schal erscheinende Eheleben, Trinker geworden. Auch heute war er längst nicht mehr nüchtern, er kam mit seiner Frau in Streit, prügelte sie - aber von dem furchtbaren Geschehen wusste er noch nichts. Die Frau rief in ihrer Bedrängnis die Polizei zu Hilfe. Als die Beamten die Wohnung betraten, bemerkten sie Blut, kamen so also rasch auf die Spuren des grossen Dramas vor dem kleineren familiären. Frau Heckenkamp wurde verhaftet; sie gestand ihr Verbrechen ein.

Nach zwei Tagen fischte man unterhalb der Mordstelle aus der Weser eine böse zugerichtete weibliche Leiche. Frau Heckenkamp wurde an die Bahre geführt; sie sagte ohne merkliche Erschütterung: jawohl, das könne die Tote sein. Auch zwei Bekannte glaubten die Verkäuferin wiederzuerkennen. Das Gericht zweifelte indes, die Leiche schien schon länger im Wasser gelegen zu haben - -

Es war nicht die Erschlagene. Die wurde einen Tag später unten bei Porta aus dem Wasser gefischt. Paddler sichteten einen treibenden dicken Knüppel, sie wollten ihn ins Boot ziehen, mussten aber voller Entsetzen feststellen, dass der Knüppel nur ein "Anhängsel" war: durch einen Strick war er mit dem Leichnam der Verkäuferin verbunden. Der Schädel war ihr eingeschlagen, das Kinn gespalten. Ein schrecklich verzerrtes Gesicht klagt die Mörderin an. G.S.

+ + +

Verunglücktes Militärauto. Ein mit algerischen Schützen besetztes französisches Militärauto stürzte in der Nähe von Marakesch (Marokko) in eine 100 Meter tiefe Schlucht. Fünf Soldaten wurden getötet, acht erlitten zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

+ + +

Heimkehr der Ozeanflieger. Die nach drei Tagen höchster Seenot geretteten deutschen Ozeanflieger Johannsen und Rody treten zusammen mit ihrem Begleiter Veiga am 3.Oktober in New York an Bord des Hapagdampfers "St.Louis" die Rückreise nach Hamburg an, wo sie am 13.Oktober eintreffen werden.

+ + +

Todesurteil gegen Raubmörder. Vom Schwurgericht Stuttgart wurde der 30 jährige ledige Bauarbeiter und Kraftwagenführer Lachenmaier aus Oppelswohm bei Stuttgart wegen Raubmordes zum Tode verurteilt. Am Morgen des 22.Mai hatte der Angeklagte einen Stuttgarter Kaufmann, der in seinem auf der Landstrasse parkenden Auto schlief, erschossen und beraubt.

+ + +

Unruhen in Kanada. In Evestan (Kanada) kam es zu einem blutigen Zusammenstoss zwischen 600 streikenden Bergarbeitern und Polizei. Zwei Bergarbeiter wurden getötet, 20 verletzt.

+ + +

Geschwindigkeitsrekord. Der englische Fliegerleutnant Stainforth erzielte mit seiner "S 6 B"-Rennmaschine eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 657,76 Stundenkilometer. Stainforth hat damit seinen beim Schneiderpokal-Rennen aufgestellten Rekord noch beträchtlich geschlagen.

+ + +

Seltsamer Freitod. In Cronberg bei Frankfurt am Main nahm sich ein Kaufmann aus Frankfurt, der in geschäftliche Schwierigkeiten geraten war, auf eigenartige Weise das Leben. Der Kaufmann hatte sich hinter sein Auto gelegt, den Motor laufen lassen und gleichzeitig durch einen an das Auspuffrohr angeschlossenen Gummischlauch die Auspuffgase eingeatmet.

+ + +

Bankraub in Meissen. Am Mittwoch-Mittag drang in den fast leeren Kassenraum der Stadtsparkasse Meissen ein junger Mann ein, gab einen Pistolenschuss ab, ergriff einen grösseren Sack mit 5 Markstücken, eilte wieder hinaus und versuchte auf einem Motorrad zu entfliehen. Der Räuber, der noch wiederholt feuerte, konnte jedoch von den nacheilenden Beamten und hinzugerufenen Passanten abgeriegelt, am Davonfahren gehindert, und schliesslich festgenommen werden. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Revolverschuss leicht verletzt.

+ + +

Doppelmord bei der Festnahme. In Dijon (Frankreich) erschoss am Mittwoch ein Verbrecher zwei Kriminalbeamte, die ihn im Garten seines Hauses festnehmen wollten. Der Verbrecher ergriff in seinem Automobil die Flucht, liess es aber 75 Kilometer von Dijon entfernt im Stich und verschwand in einem Wald.

+ + +

Sensationeller Bombenfund. In der Nähe der österreichischen Station Rottenmann an der Tauernbahn wurden, zwischen Stämmen und Brettern versteckt, 20 mit hochexplosivem Sprengstoff gefüllte Bomben gefunden, die die gleiche Konstruktion haben wie die bei den Attentaten in Deutschland, England und Jugoslawien verwendeten Sprengkörper. Es sind 16,5 Zentimeter lange Mannesmannröhren von 35 Millimeter Durchmesser und 27 Millimeter innerer Weite. Die Zündschnuren waren durch Pappdeckelhülsen vor Nässe geschützt. Man nimmt an, dass die Bomben für ein Eisenbahnattentat bestimmt sein sollten.

+ + +

Drama der Zeit. Ein 53jähriger Prokurist in Leipzig-Schleussig, der gekündigt worden war, schied mit seiner 5 Jahre jüngeren Frau, seiner 15 Jahre alten Tochter und seinem 12jährigen Sohn durch Gasvergiftung aus dem Leben.

+ + +

Drei Arbeiter ertrunken. Beim Bau der neuen Elektrizitätszentrale in Belgrad am Ufer der Save geriet ein mit 10 Arbeitern besetztes Motorboot in den Wellenschlag eines Dampfers und kenterte. Drei Arbeiter ertranken.

\+ + +

Blitztod. Auf einem Felde bei Mahndorf (Nordharz) schlug der Blitz in ein Ochsengespann; der Knecht und drei Ochsen wurden auf der Stelle getötet.

\+ + +

Brandstifung: Versicherungsbetrug. In Neidenburg (Ostpreussen) brach nachts in einem Kaufhaus ein Brand aus. Der Inhaber des Geschäfts wurde unter dem Verdacht der Brandstiftung und des Versicherungsbetruges verhaftet, da die rechtzeitig alarmierte Feuerwehr festgestellt hatte, dass in dem Kaufhaus zahlreiche Gegenstände mit Benzin begossen waren. Der Verhaftete bestreitet jede Schuld.

\+ + +

Das 26. Kind! In Monteiro (Portugal) meldete ein Bauer die Geburt seines 26. Kindes an. Von den 26 Kindern des Rekord=Vaters, die alle noch leben, sind 23 männlichen Geschlechts.

\+ + +

Von der Lokomotive geköpft. Eine schauerliche Ueberraschung erlebten Beamte auf dem Bahnhof Albany (USA), als sie auf dem Schutzblech einer eben eingefahrenen Lokomotive den Kopf einer Frau liegen sahen. Nachforschungen ergaben, dass einige Meilen entfernt der Schnellzug zwei schwerhörige Frauen überfahren und getötet hatte, die auf den Schienen spazierengingen, während ihr Auto auf der Landstrasse repariert wurde.

\+ + +

Ausgrabungen auf Capri. Demnächst sollen auf der Insel Capri Ausgrabungen antiker Baureste beginnen. Die Bevölkerung leistete derartigen Ausgrabungen bisher Widerstand, weil sie eine Verminderung des spärlichen Kulturlandes befürchtet. Die unter Leitung von Professor Majuri bevorstehenden Ausgrabungsarbeiten sollen jedoch mit entsprechender Vorsicht vorgenommen werden. Den Anfang wird man mit der Villa Jovis im Schloss des Kaisers Tiberius machen, dessen Erforschung bedeutungsvolle Ergebnisse ahnen lässt - auch wenn sie nicht zur Entdeckung der sagenhaften goldenen Reiterstatue des Kaisers führt.

\+ + +

"Nautilus" wird versenkt. Der Polarforscher Sir Herbert Wilkins wurde von der amerikanischen Regierung ermächtigt, das zur Zeit in Bergen liegende Polar=U=Boot "Nautilus" an einer tiefen Stelle der norwegischen Küste zu versenken. Das U=Boot war dem Forscher seinerzeit von der amerikanischen Regierung für seine Polarfahrt zur Verfügung gestellt worden.

\+ + +

Haftbefehl gegen Graf Helldorf. Entsprechend einem Antrag der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Charlottenburg wurde gegen Graf Helldorf und gegen seinen Adjudanten Ernst, die sich am 9. Oktober vor dem Kriminalgericht in Berlin=Moabit wegen Organisation und Leitung des nationalsozialistischen Berliner Kurfürstendammpogroms zu verantworten haben, Haftbefehl erlassen. Helldorf hat übrigens den Weg zu den Nationalsozialisten erst gefunden, nachdem er seine Güter und sein sonstiges Vermögen verspielt hat. In seiner finanziellen Glanzzeit soll er die Gesellschaft jüdischer Mitbürger, die er jetzt so tatkräftig bekämpfen lässt, durchaus nicht verschmäht haben.

Leergefegte Betriebe.

Massensterben im Waggonbau = Tatenlosigkeit der Reichsbahn.

SPD. Bis zum Frühjahr dieses Jahres hat die Waggonindustrie im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsdepression eine überraschende Sonderkonjunktur aufzuweisen gehabt. Die Betriebe waren durchweg zufriedenstellend beschäftigt und infolge der erheblichen Kostensenkungen durch verbesserte Produktionsmethoden (Austauschbau) wiesen die Abschlüsse der meisten Gesellschaften für 1930 Gewinne auf, die den Waggonbau im zweiten Jahr der Wirtschaftskrise zu einer der wenigen rentablen Industrien stempelten.

Dieser Zustand hat sich jetzt mit einem Schlage geändert. Der Waggonbau ist genau so wie die Lokomotivindustrie, so wesentlich von den Aufträgen der deutschen Reichsbahn abhängig, dass man von einem Bestellermonopol der Reichsbahn sprechen kann. Wenn dieses Auftragsmonopol des grössten öffentlichen deutschen Unternehmens auch zweifellos die Vorzüge hat, dass nachhaltig auf technisch notwendige Reformen und entsprechende Preissenkungen gedrückt werden kann, so stehen einem derartigen Monopol doch auch erhebliche Nachteile entgegen. Für die Waggonindustrie und in aller erster Linie für die in ihr tätigen 70 ooo Qualitätsarbeiter liegt der Nachteil der völligen Abhängigkeit von der Reichsbahn darin, dass Lebensinteressen der Industrie von den wirtschaftlichen Interessen der Reichsbahn selbst abhängig werden. Dies zeigt sich jetzt, wo die Reichsbahn selbst mit allergrössten finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der seit 1½ Jahren zusammenschrumpfende Güterverkehr und die damit verbundenen Einnahmeverluste haben die Reichsbahn ohne Rücksicht auf die davon betroffenen Industrien zur rigorosesten Einschränkung ihres Auftragsprogramms veranlasst. Da die Verhältnisse im Ausland schlecht liegen und die spärlichen Aufträge von allen Waggonindustrien der Welt in gegenseitigem Dumping nichts anderes als schwere Verlustgeschäfte darstellen, ist an einen Ausgleich im Export garnicht zu denken.

Die Reichsbahn, die überraschend alle weiteren Bestellungen für dieses Jahr abgestoppt hat und auch keineswegs geneigt ist, Aufträge für 1932 vorweg zu vergeben, sieht mit ziemlicher Ruhe ebenso wie die Reichsregierung zu, wie eine Industrie, die ihrer ganzen Struktur nach von öffentlichen Aufträgen lebt, nach und nach abstirbt. Man kann der Waggonindustrie den Vorwurf nicht machen, dass sie die Expansionssünden der Inflationszeit nicht gutzumachen versuchte. Die 60 Waggonbetriebe, die in der Betriebszählung von 1925 noch erfasst wurden, waren bereits 1927 auf 52 Werke zurückgegangen und sind bis heute auf 26 Fabriken zusammengeschrumpft. Diesist ein ganz ausserordentlicher Rationalisierungserfolg, wenn auch die Tatsache besteht, dass die Leistungsfähigkeit der Waggonindustrie im jetzigen Rahmen noch zu gross ist. Wenn die Reichsbahn sich aber auf den Standpunkt stellt zu warten, bis ein weiterer Vernichtungsprozess nochmals die Hälfte der jetzt bestehenden Betriebe mitgerissen hat, so ist dies eine äusserst gefährliche Arbeitsmarktpolitik.

Wir haben den Vernichtungsprozess im Lokomotivbau erlebt. Von den Waggonarbeitern sind gleichfalls zehntausende hochqualifizierter Facharbeiter seit Jahren erwerbslos. In anderen Zweigen des Fahrzeugbaus, dem Fahrrad- und Autobau, die nichts mit der Reichsbahn zu tun haben, liegen die Verhältnisse gleichfalls schlecht. Will die Reichsbahn und die Regierung die immensen Werte, die in den hunderttausenden Qualitätsarbeiter stecken, in einer Dauer-,

erwerbslosigkeit verkommen lassen?

Im Waggonbau haben sich die Verhältnisse in den letzten Wochen rapide zugespitzt. Die Hannoversche Waggonfabrik (Hawa) ist nach der Stillegung völlig liquidiert worden, so dass ein Wiederingangsetzen des Betriebes überhaupt nicht mehr in Frage kommt. Die Waggonfabrik Uerdingen a.Rh., die mit 6 bis 10 Prozent Dividenden in den vergangenen vier Jahren zu einem der rentabelsten Unternehmen zählte, muss wegen gänzlichen Auftragsmangels gleichfalls die Betriebe schliessen. Grosse Entlassungen haben in den Berliner und den westfälischen Betrieben des Orenstein & Koppel-Konzerns stattgefunden, die gleichfalls mit dem Mangel an Waggonbestellungen begründet werden. In dem bestfundierten Unternehmen der Waggonindustrie, der Waggon- und Maschinenbau A.G. Görlitz (Wumag), die nach der scharfen Sanierung im Jahre 1925 10 und 12prozentige Dividenden ausschüttete, stehen augenblicklich Werksleitung und Gewerbeaufsichtsamt mit den Vertretern der Belegschaft wegen der völligen Stillegung der Waggonfabrik in Verhandlung. In Breslau hat der grösste Waggonkonzern Deutschlands, die Linke-Hofmann-Busch-A.G. erst kürzlich 1000 Mann der Betriebsbelegschaft gekündigt, und jetzt sollen 25 Prozent der gesamten Angestelltenschaft entlassen werden.

Diese Zahlen sprechen Bände. Die Entlassungen und Stillungen wirken sich hier umso ärger aus, als die entlassenen Arbeiter als Spezialkräfte kaum in andern Betrieben Unterkunft finden, ganz abgesehen davon, dass die Waggonindustrie überwiegend in mittleren Städten der Provinz standortgebunden ist. Falls die Regierung und die Reichsbahn nicht wollen, dass der Arbeitsmarkt der Metallarbeiter über seine bisherigen Lasten hinaus noch mit zehntausenden von erwerbslosen Waggonarbeitern überschwemmt wird, so muss sofort gehandelt werden. Nach den vorliegenden Auftragsbeständen im gesamten Waggonbau ist nicht daran zu zweifeln, dass diese Industrie im Winter nahezu 100prozentig zum Erliegen kommt, wenn nicht eine liberalere Auftragspolitik der Reichsbahn Platz greift.

SPD. Die Unternehmerverbände in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft fordern in ihrer am Dienstag veröffentlichten Kundgebung die Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Das bedeutet die Schaffung der Werktarife und schliesslich die Wiederaufrichtung des individuellen Arbeitsvertrages. Der staatliche Einfluss auf die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen soll fast völlig beseitigt werden. Dieselben Kreise, die in den letzten Monaten hunderte Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln zur Stützung der Privatbanken und damit auch zur Sanierung bankrotter Unternehmungen erhielten, verlangen von der Regierung, dass die gegenwärtigen Unterstützungssätze und die Unterstützungsdauer für die Arbeitslosen erneut gesenkt werden; sie fordern die Einschränkung der Selbstverwaltung in der Arbeitslosenversicherung.

Mit diesen Plänen und Forderungen wird sich der Ausschuss des ADGB in seiner Sitzung am 2.Oktober 1931 beschäftigen und entsprechende Beschlüsse fassen.

SPD. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den mit Lohntarifvertrag zum 1.Oktober 1931 gekündigt. Beschäftigt sind zurzeit in den 270 Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller 113 988 Arbeiterinnen und Arbeiter.

Wirtschaft Technik Handel

Montagu Norman.

Von C. Patrick Thompson-London.

SPD. Wenn sich der Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, mit Rücktrittsgedanken trägt, muss man sich klar machen, was das für England, vielleicht für die ganze Welt bedeutet. Gross-Britannien befindet sich inmitten einer zweiten industriellen Umwälzung. In früheren Zeiten hätte das Privatkapital die Finanzierung eines solchen Prozesses übernommen, zum Beispiel die Rothschilds, denen aber heute die Weltkrise seit langem über den Kopf gewachsen ist. Da England keine Rothschilds mehr hat, wurde mit der Durchführung der gewaltigen Aufgabe die englische Staatsbank mit ihrem Gouverneur Montagu Collet Norman an der Spitze betraut.

Zuvor hat schon ein Finanzier den Versuch unternommen, die zersplitterten Teile der schwankenden Stahlindustrie zusammenzufassen. Das war Clarence Hatry dessen Zusammenbruch und Verurteilung zu 14jähriger Gefängnisstrafe 1929 die englische Bankwelt in ihren Grundlagen erschütterte. Norman, der sich jetzt mit Rücktrittsabsichten tragen soll, liquidierte das Hatry-Abenteuer. Er fusionierte die führenden Eisen- und Stahlfirmen und brachte sie unter die Kontroll der Bank von England. Das war sicherlich ein Bruch der Tradition. Die Bank von England ist ihrem Wesen nach Verwahrungsstelle der Staatseinkünfte. Die öffentliche Meinung war stets darin einig, dass es desto besser um sie bestellt sei, je weniger sie sich unmittelbar an Industrie und Handel beteiligt. Aber es gibt Zeiten, die eine Abkehr von solchen Ueberlieferungen verlangen.

Ein Zehntel der Gesamtbevölkerung des Inselreiches ist mittelbar oder unmittelbar von der Kohlenindustrie abhängig, Lancashire, die volksreichste Grafschaft Englands, das nördliche Industriezentrum, von der Baumwolle. Diese beiden Wirtschaftszweige befinden sich nicht nur in einer Depression, sondern sind dem Absterben nahe. Da griff der Staat zu. Aber die Beteiligung der Bank von England an gewaltigen Industrien ist etwas durchaus neues in der Finanz- und Wirtschaftsgeschichte Englands. Montagu Norman zögerte jedoch nicht, von geheiligten Traditionen abzugehen.

Norman entstammt einer alten Bankierfamilie. Seine Scheu vor der Öffentlichkeit grenzt fast an Besessenheit. Im Verlaufe des letzten Dezenniums hat sich Norman einen internationalen Ruf verschafft. Kein früherer Gouverneur hat je so häufige und so ausgedehnte Reisen unternommen und war den bedeutendsten Bankiers der Welt so wohlbekannt wie er. Es gibt in der Tat nur wenige Staaten Europas, die sich nicht irgend einmal an ihm um Rat gewendet hätten. Er war der Hauptakteur beim Wiederaufbau Österreichs und Ungarns, bei den Verhandlungen über die griechische Sanierungsanleihe, bei den finanziellen Verhandlungen in Genua 1922 und der Gründung der Bank für Internationale Zahlungen. Er hat vor Monaten den Amerikanern die europäische Finanzkrise klar gemacht.

Im Jahre 1919 wurde er vom Direktionsrat zum Gouverneur der Bank von England gewählt. Die Wiederwahl eines Gouverneurs für ein weiteres Amtsjahr bedeutete stets eine ganz besonders Anerkennung seiner Persönlichkeit. Wie erst, als der Direktionsrat Normans Amtsdauer im Jahre 1921 gleich um zwei Jahre, bis zum April 1923 verlängerte. Seine Wiederwahl erfolgte dann automatisch.

Wir zählen nun das Jahr 1931 und Norman ist, wenigstens bis jetzt, noch immer Gouverneur.

Kann es für diese romantische und ein wenig rätselhafte Persönlichkeit ein geeigneteres Betätigungsfeld geben als die Bank von England mit ihrer pittoresken und bewegten Vergangenheit?

Solange die Stuarts England beherrschten, war das Volk wenig geneigt, sein Geld einer Staatsbank anzuvertrauen. Erst als Wilhelm von Oranien 1689 auf den Thron gelangte, brachte es der berühmte Schatzkanzler Charles Montagu zuwege, das Parlament zur Annahme eines Gesetzentwurfs zu bewegen, der die Gründung einer Staatsbank vorsah. Ein Montagu nahestehender Grosskaufmann, Michael Godfrey, brachte unter seinen Geschäftsfreunden das Kapital von 1 500 000 Pfunden auf. Diese Gruppe erhielt als Gegenwert das Privilegium zur Gründung einer Ban Es entstand die Bank von England und die dem König geliehenen 1½ Millionen wurden durch Verpfändung der Bier- und Alesteuern sichergestellt, die bis heute s ziemlich die sichersten und grössten Staatseinnahmen Englands geblieben sind. Während der amerikanischen Finanzkrise des Jahres 1837 war die Bank bereits in der Lage, den amerikanischen Banken mit ansehnlichen Beträgen und, als später drei grosse amerikanische Bankhäuser ihre Zahlungen einstellten, mit weiteren 30 Millionen Dollar zu Hilfe zu kommen.

Nur einmal während ihres langen Lebens ist die Bank von England überlistet worden. Es war während der Regierungsdauer Königs Georgs II., da die Banken noch für alle Depositen Empfangsbestätigungen ausstellten, die von Hand zu Hand gingen und demselben Zweck wie heute die Schecks dienten. Die Noten der Bank von England wurden damals nur gegen einen Diskont von 10 Prozent eingelös Gewaltig war die Konkurrenz der Childs's Bank, eines privaten Instituts, hinte dem die reichsten englischen Aristokraten standen. Kein Wunder, dass die Bank von England dunkle Pläne gegen ihre Rivalin schmiedete. Die Agenten der Bank von England kauften alle Empfangsbestätigungen der Childs's Bank in grossen Mengen auf. Beabsichtigt war, eine Zeit der Geldknappheit abzuwarten, um dann die Empfangsbestätigungen in Massen zu präsentieren. Das müsste den Bankrott des Konkurrenzinstitutes bedeuten. Die Geldknappheit kam. Die Empfangsbestätigungen wurden hervorgeholt. Es sah wirklich so aus, als sei das Ende der Childs's Bank gekommen. Da raste ein Direktor der Childs's Bank zum Blenheim-Palace, wo die berühmte Sarah Jennings, Herzogin von Marlborough, die reichste Frau Englands, eine Hauptstütze der Childs's Bank, residierte. Atemlos erzählte ihr der Abgesandte, dass die Bank von England Empfangsbestätigungen der Childs's Bank im Betrage von einer Million Pfund in Händen habe, die am nächsten Tage bis 12 Uhr mittags eingelöst werden müssen, dass Childs nicht über so viel Geld verfügten und ruiniert wären, wenn sie es sich nicht binnen acht Stunden verschaffen könnten. Die Herzogin setzte sich kaltblütig an ihren Schreibtisch - und schrieb einen Scheck auf die Bank von England im Betrage von eineinviertel Millionen Pfund aus.

Am nächsten Tage erschien der Vertreter der Bank von England bei Childs und häufte deren Empfangsbestätigungen vor dem Kassier auf. Er verlangte sofortige Einlösung. Zur gleichen Zeit legte aber ein Abgesandter der Childs's Bank der Bank von England den Scheck der Herzogin vor und begehrte ebenfalls sofortige Einlösung. Bis zum Eintreffen des Abgesandten gingen die Beamten der Childs's Bank die Quittungen mit wohlbeabsichtigter Langsamkeit durch. Sie brauchten eine halbe Stunde, um die ersten hundert zu prüfen, und nur zehn Minuten, um die restlichen 173 zu kontrollieren. Denn mittlerweile war der Abgesandte der Childs's Bank zurückgekehrt und die Bank von England wurde in deren eigener Münze ausbezahlt. So waren die Ränke der Staatsbank auf sie selbst zurückgefallen.

SPD. Nach der Karstadt A.G. hat sich jetzt ein zweiter Warenhauskonzern, die Wronker A.G. in Frankfurt/M. zu einer finanziellen Bereinigung ihrer Fehlinvestitionen und Ueberspekulationen entschlossen. In der Öffentlichkeit verweist man darauf, dass sich die Position der Warenhäuser angesichts der Kaufkraftdrosselung (Lohn- und Gehaltsabbau) verschlechtert habe. Das stimmt auf jeden Fall. Bei der Wronker A.G. liegen aber doch noch andere Gründe vor, die das Unternehmen in Schwierigkeiten gebracht haben. Dahin gehören die Expansionbestrebungen bei Wronker. Vielleicht sind diese Expansionsbestrebungen nicht ganz freiwillig gewesen. Wenn man die einzelnen Konzernerweiterungen betrachtet, taucht immer wieder die Absicht auf, durch Aufkauf von Warenhäusern die Konkurrenz auszuschalten. So wurde vor allem der Kampf gegen den Leonhard Tietz-Konzern geführt. Zu den teuren Aufkäufen kamen selbstverständlich noch teure Umbauten. Schliesslich hätte das die nicht geringe Warenhausprofitquote noch gestattet. Aber man hat den Expansions- und Bautaumel unsolide, mit Bankkrediten finanziert. Das ist dem Wronkerkonzern zum Verhängnis geworden. Als sich die Folgen der verfehlten Politik herausstellten, griff man zu einer gewissen Auflockerung des Konzerns. Man stiess zwei Zweigbetriebe, in Nürnberg und Pforzheim, ab. Erleichterung hat dieser Verkauf aber auch nicht gebracht. Nach dem das verflossene Jahr einen Gesamtverlust von 4,35 Millionen Mark aufweist (im Vorjahr konnten aus einem Gewinn von 539 000 Mark noch 6 % Dividende gezahlt werden), war der Kapitalschnitt unvermeidlich geworden. Er geht so vor sich, da 1 Million Aktien eingezogen werden. Das verbleibende Kapital von 3 Millionen Mark wird dann im Verhältnis von 5 : 3 zusammengelegt.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats September auf 134,0 gegenüber 134,9 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,7 v.H. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,0 vH auf 124,9, für Bekleidung um 1,2 vH auf 135,8, für "Sonstigen Bedarf" um 0,4 vH auf 183,2. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist um 0,9 vH auf 147,4 gestiegen; die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert. In der Indeyziffer für Ernährung sind weitere Preisrückgänge hauptsächlich für Kartoffeln und Gemüse eingetreten, die durch Preiserhöhungen für Fleisch und Fleischwaren sowie für Eier nur zum Teil ausgeglichen wurden. Die Erhöhung der Ausgaben für Heizung hängt mit dem weiteren Abbau der Sommerrabatte zusammen.

\+ \+ \+

Im Teuerungsindex ergeben sich also weiter zahlenmässige Verschiebungen, die praktisch kaum in Erscheinung treten. Die festen Faktoren im Index, die steigenden Heizungs- und Beleuchtungs- und vor allem die Wohnungskosten, verhindern eine Anpassung der Lebenshaltungskosten an die gesunkenen Löhne. Auch wenn man hier den Index z.B. durch eine Mietenverbilligung auflockern wollte, würde diese kaum genügen, um den Vorsprung des Lohnabbaus einzuholen. Die Unternehmer verlangen aber eine allgemeine Senkung der Löhne um 20 Prozent. Die Verwirklichung dieser Pläne würde die bedenkliche Schere zwischen Preisen und Kaufkraft noch mehr öffnen und muss die Wirtschaftslage weiter verschärfen.

SPD. Der von dem staatsparteilichen Reichstagsabgeordneten Stolper geleitete "Deutsche Volkswirt" beschäftigt sich in eingehender Weise mit der Anregung der Sozialdemokratie, den Arbeitslosen für den Winter kostenlos Kartoffeln zur Verfügung zu stellen und schreibt u.a. dazu :

"Wenn das Reich also einen Zentner Kartoffeln ankauft und ihn (natürlich ohne Abfahr- und Verteilungskosten) gratis den Gemeinden zur Verteilung an die Erwerbslosen zur Verfügung stellt, fährt es in keinem Fall schlechter, als wenn es die Kartoffeln zu Sprit brennen lässt und diesen durch die Monopolverwaltung als Motorsprit den Kraftfahrern zu 50 Mark aufdrängt. Die Kartoffelerzeuger würden nichts verlieren und die Kraftfahrer würden sich freuen, wenn man sie mit billigem Benzin ohne den teuren Motorsprit fahren liesse. Alle sozialen finanziellen und wirtschaftlichen Gründe sprechen für einen solchen Plan. Warum will man ihn nicht verwirklichen?"

Warum will man ihn nicht verwirklichen? Alle Welt fragt das. Verwirklichen wollen diese Pläne nicht einige Interessentengrüppchen und leider folgt die Regierung diesen Interessentengruppen: Fusel ist wichtiger als Kartoffel.

Weiter schwach.

(Berliner Getreidebörse vom 30.September)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hielt sich am Mittwoch das Geschäft in verhältnismässig engen Grenzen, da nach den Preisabschlägen des Vortages das Angebot sowohl in Brotgetreide als auch in Hafer geringer geworden ist. Die Tendenz war allgemein schwächer, wenn auch Forderungen und Gebote auseinandergingen. Die Mühlen zeigten infolge weiter schleppenden Mehlabsatzes keine allzu grosse Aufnahmeneigung. Ihre Gebote lauteten im prompten Geschäft um etwa 1.- Mark niedriger. Am Markt der handelsrechtlichen Zeitgeschäfte waren vordere Sichten ziemlich gut behauptet, während spätere Sichten für Weizen und Roggen um 2.-Mark bis 2,50 Mark nachgaben. Weizen= und Roggenmehl wurde nur für den laufenden Bedarf gekauft. Die Preise waren eher etwas rückgängig. Hafer bei ruhigem Geschäft ziemlich behauptet, Gerste unverändert.

	29.Sept.	30.Sept.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 213	208 - 211
Roggen	185 - 187	183 - 185
Braugerste	157 - 172	157 - 172
Futter=und Industriegerste	149 - 156	149 - 156
Hafer	135 - 143	133 - 141
Weizenmehl	26,75 - 32,00	26,75 - 32,00
Roggenmehl	26,40 - 29,00	26,10 - 28,75
Weizenkleie	10,50 - 10,75	10,50 - 10,75
Roggenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 227 - 226½ (Vortag 228), Oktober 223½ - 223¼ (226), Dezember 226 und Brief (228½). Roggen September 198 (198), Oktober 194½ - 194 (196½), Dezember 195½ - 195 und Brief (197¼). Hafer September 145½ (148), Oktober 144½ (145), Dezember 147 (147½).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 30.September 1931.

Die verhinderte Schachtel.[x]

SPD. Es wird so oft von Burgfrieden gesprochen. Besonders heute. Aber er beschränkt sich auf Leute, die sich zum Entflammen ihres Tabaks brennende Zigarren borgen, oder auf solche, die am Bahndamm stehen und hinauf nach Zugfenstern winken und umgekehrt. Das sind so Reste verlorener Nächstenliebe, die sich bis in unsre Tage als Kuriosa erhalten haben. Doch es gibt noch einen dritten Fall, bei dem das Solidaritätsgefühl der Zweifüssler jäh emporflammt. Nämlich folgenden :

In einer Ausstellung von Einschlägigem steht irgendwo unter Nichteinschlägigem ein 10 Pfennig-Automat. Pfefferminztabletten, Mandelstangen, Schokolade, gemischte Bonbons, gebrannte Mandeln verkünden die Aufschriften. Wer kann da widerstehen? Ich nicht. Ich bevorzuge gebrannte Mandeln, der Zähne wegen, zücke die Geldkatze und lasse ein Zehnpfennigstück in den Spalt "Gebrannte Mandeln" fallen. Ich höre, wie es durch die metallenen Eingeweide des Automaten rollt, bis es schliesslich stecken bleibt. Jetzt naht der grosse Augenblick: Griff langsam ziehen! Ich ziehe langsam... ganz heraus. Eine unheimliche Stille antwortet. Der Griff federt zurück. Ich ziehe abermals. Ohne Erfolg.

In unsrer wohlgeordneten Welt hat das zweimalige Ziehen Verdacht erregt. Ein Herr mit früher sehr geschätztem Schnurrbart bleibt stehen, äugt, tritt herzu, fragt unerschrocken: "Na, funktioniert wohl nicht? Müssen mal kloppen. So . . . "

Er klopft oder haut (wie man will) mit einer Vizefeldwebelfaust gegen die obere Hälfte des Apparats, der sanft ins Schwanken gerät. Er horcht, haut nochmal, zuckt die Achseln. Aber er geht nicht weiter, nein, das tut er nicht; das wäre feige. Er bleibt, denn er weiss: hier entwickelt sich etwas Grossartiges. Das dumpfe Dröhnen, das zwar den Automaten keineswegs zur Herausgabe der mir legitim zustehenden gebrannten Mandeln veranlassen kann, erfüllt einen anderen Zweck: es lockt in Scharen Leute herbei. Jeder zieht nun an dem Griff, klopft und richtet eingehende Fragen an mich: ob ich nicht aus Versehen ein falsches Geldstück hinein geworfen hätte? Ob es vielleicht noch nicht "ganz unten" gewesen wäre, als ich zog? Ob etwa die Rubrik gebrannte Mandeln ihres Inhalts bar sei?

Eine Dame widerspricht: sie habe kurz zuvor eine Schachtel gebrannter Mandeln aus demselben Automat erhalten; überdies sähe man hinter der Glasscheibe deutlich, dass das Fach nicht ausverkauft sei. Zum Beweise zieht sie eine gebrannte Mandel aus der Hülle und verbeisst sie mit kräftigen, wenn auch falschen Zähnen.

Ein langer Herr, schwarzumrändertes Monokel, entschieden Aristokrat, schiebt seine Zeitung in die Tasche, entnimmt, ohne ein Wort zu verlieren, seinem Portemonnaie ein Zehnpfennigstück und steckt es unter Totenstille in den Schlitz mit der Aufschrift "Gebrannte Mandeln". Dann putzt er sich das Monokel, klemmt es wieder ins linke Auge und zieht mit ruhiger, sicherer Gebärde an dem Griff.

Der Automat verweigert wiederum die Abgabe.

Ich atme auf, denn im Hintergrunde der Versammlung sind schon Vermutungen aufgetaucht, ich hätte gar kein Geld hinein gesteckt. Die Leute, die das äussern, fallen der allgemeinen Verachtung anheim und werden politisch - je nach dem Standpunkte des Urteilenden - in die extremen Parteien eingereiht.

Nun stehen schon drei Mann in der vordersten Front: der Schnurrbartherr, der Aristokrat und ich. Ein Zurückweichen hätte die hinter uns aufgestellten Bataillone der Interessierten beleidigt. Wir müssen siegen oder sterben. Es bleibt kein andrer Weg übrig. Zudem stecken im Bauche des eigensinnigen Apparats nun bereits zwanzig Pfennig. Eine treusorgende Hausfrau rechnet aus, was man alles für zwanzig Pfennige kaufen könne. Zwei junge Mädchen sind der Ansicht, man solle überhaupt kein Geld in Automaten stecken - ein Vorurteil, dem ein Monteur heftig widerspricht. Der Aristokrat steht stumm und einsam wie eine Tanne uber niederen Fichten, und der Schnurrbärtige donnert mit beiden Fäusten immer heftiger gegen die Verschalung des seltsamen Mechanismus. Ich erzähle inzwischen zum sechsten Male den Hergang. Alle Zuhörer sind auf unsrer Seite und schimpfen, dass sich nirgends ein Angestellter der Automatenfirma blicken lasse; an solchen verkehrsreichen Tagen, hier draussen im Ausstellungsgebäude ... ein Skandal! Es ist der günstigste Moment zur Gründung eines "Vereins der durch nicht funktionierende Automaten Geschädigten".

Jetzt tritt aus dem Volkshaufen eine Frau - wie soll ich sie beschreiben? - einfach eine Frau. Sie geht an den Automaten heran und zieht den Griff heraus. Gerade setzt der Monteur zu heiserem Gelächter an, da geschieht das Wunder die verhinderte Schachtel mit gebrannten Mandeln fällt herab. Die Frau zieht abermals. Es klimpert,.. ein Zehnpfennigstück springt hinterher.

Staunen, Befriedigung, Jubel, Appell an die ausgleichende Gerechtigkeit, Sprichworte und Aphorismen von Rabindranath Tagore über Gottfried Keller bis zu unbekannten Volksschriftstellern werden vernehmbar.

Der Aristokrat nimmt stumm das Geldstück zurück, lüftet unter einer formvollendeten Verbeugung den Hut und schreitet durch die Gasse der Bewunderer! er hat mitgesiegt. Einige klopfen an den Automaten; vielleicht.....

Der Schnurrbart hüpft über einen Wortschwall, der in der Beteuerung gipfelt: Deutschland müsse wieder hochkommen! Ich will jene Frau, die uns aus so verzweifelter Lage gerettet, die uns Beschwerden und Kummer erspart, uns vor Prozessen bewahrt und die Ruhe des deutschen Bürgers wiedergegeben hat, - ich will die Automatenmadonna aus dem gebrannten Mandelhimmel durch eine Einladung zu einer Tasse Kaffee krönen ... ich finde sie nicht mehr. Die Sagenhafte bleibt verschwunden. Sie kam, zu erlösen, und kehrte unbemerkt, unbedankt ins Nirvana der grossen Ausstellung zurück.

O.F.Heinrich.

Schwedenjimmy.[x]

SPD. Das zweite Mal begegnete ich ihm in einem kleinen Prairiestädtchen Kanadas. Vorher war ich mit ihm auf der Suche nach Arbeit auf den Dächern der Frachtzüge durch die Rocky Mountains gefahren und hatte in dem herkulischen, rothaarigen Mann einen guten Kameraden gefunden, der mir manche Trampweisheit beigebracht hatte. Er hatte nur einen gefährlichen Feind: den Alkohol. Bei der Arbeit schuftete er wie kein anderer und verdiente viele Dollars. Dann schwärmte er von seiner kleinen, französischen Frau Yvonne, die irgendwo im Osten verlassen mit ihren Kindern sass. Er schwor heilige Eide, zu ihr zurückzukehren, doch nach der Auszahlung blieb er mit seinen Arbeitskameraden im nächsten Saloon hängen und kam nicht eher wieder zum Vorschein, als bis das sauer verdiente Geld vertrunken war. Darüber war ich mit ihm in Streit geraten, und wir hatten uns damals wütend getrennt. Und nun sollte ich ihn hier wiedertreffen.

Ich war gerade mit dem Erntearbeiterzuge angekommen und wollte nun versuchen, einem Farmer meine Dienste anzubieten. Als ich mit meinem Bündel so an einer Ecke der Hauptstrasse stehe und warte, kommt mein Jimmy mit einer Reihe andrer Männer daher und ruft mir schon von weitem zu: "Suchst Du einen Job, sonny? Du kannst gleich mit uns anfangen; unser Boss braucht noch einen Mann.

Er sitzt dort hinten in der Kneipe; hier stehen seine beiden Autos. In einer halben Stunde geht's los. Mach Dich bis dahin fertig!" Damit verschwindet er wieder, mit der übrigen Bande zum nächsten Barkeeper gröhlend weiterziehend. Da ich noch nie bei einem Weizenfarmer gearbeitet hatte, war mir diese Gelegenheit sehr willkommen, in der Arbeiterkolonne einen Bekannten zu haben, und so stellte ich mich zur verabredeten Zeit ein. Der Farmer hatte auch nichts gegen mich einzuwenden, nachdem ich ihm selbstverständlich erklärt hatte, dass ich ein perfekter Harvester (Erntearbeiter) sei.

Nun begann eine stundenlange Fahrt durch die immer gleichbleibende Ebene. Ringsherum wogte noch das Getreidemeer, durch das die kerzengerade Strasse wie ein Kielwasser schnitt. In regelmässigen Abständen standen kleine Farmhäuser am Wege, und auf einzelnen, wenigen Feldern summten auch schon die Dreschmaschinen und die Traktoren. Doch nirgends machte unser Farmer Halt; wir wurden also in eine besonders abgelegene Gegend verschleppt. Schliesslich biegt er dann doch in einen Hof ein und weist uns in die kleine, schmutzige Garage. Dort könnten wir übernachten, meint er, und in der Scheune wäre auch noch etwas Stroh.

"Na, was guckst Du denn, Jungchen", poltert Jimmy los, als ich etwas erstaunt diese Unterkunft betrachte. "Glaubst wohl, Du bekommst in der Prairie ein Maitressenbett?" Beim Verteilen der schmalen Plätze sorgt er aber doch dafür, dass ich neben ihm den besten Eckplatz erwische. "Ja, Du wirst Dein Wunder erleben hier draussen", sagt er am Abend vor dem Schlafengehen. "Die fünf Dollar vorgeschriebenen Lohn zahlt der Farmer nur für wüste Schufterei. Aber ich musste her, denn meine Kinder sind krank, und ich will sie unbedingt im Winter besuchen."

Dann folgen die Tage, an die ich nur mit Grausen zurückdenke. 14 bis 16 Stunden Arbeitszeit im Staub und Dreck der Dreschmaschine. Kaum bleiben ein paar Minuten Zeit zum Essen. Völlig erschöpft sinken Abends alle auf das harte Lager, von dem sie am nächsten Morgen noch ebenso zerschlagen vom Boss wieder aufgejagt werden. Waschen gilt als Zeit- und Kraftverschwendung, und ohne eine andere Sehnsucht, als der nach Ruhe, schuften die zermürbten Glieder von Tag zu Tag weiter, immer unter der Knute des Dollars.....

Ohne die tatkräftige Hilfe "Schwedenjimmys", wie sie ihn hier alle nannten, hätte ich als Neuling diese schwere Zeit kaum ausgehalten. Umso mehr wurde ich dann durch die folgenden Ereignisse erschüttert:

Schon nach wenigen Wochen war die in diesem Jahre schlechte Ernte eingebracht. Der Boss gab jedem von uns seinen Scheck. Wie wir wieder zurück in die Stadt kamen, dafür hatten wir selbst zu sorgen. Schliesslich nahm uns auf der Landstrasse ein mitleidiger Lastwagenführer mit, und nun begann in den Kneipen und pool rooms (Spiel- und Billardsälen) des Städtchens die Ausspannung für die nach Leben und Lustigkeit hungrigen, rauhen Gemüter.

Jimmy hielt sich mit Macht von all diesen Dingen fern, denn er wollte ja mit dem Gelde seine Kinder besuchen....

Am nächsten Morgen stürzt er bleich und aufgeregt in mein kleines Zimmer im Boardinghouse und hält mir einen mit kindlicher Schrift gekritzelten Brief hin; sein ältestes Kind war zu Hause gestorben, weil die Mutter nicht die Mittel gehabt hatte, es in ein Krankenhaus zu schicken. Ich versuche, ihn zu trösten. Doch gänzlich fassungslos geht er hinaus auf die Strasse und kommt erst nach zwei Tagen vollständig betrunken zurück.

Dann kehrt der alte Trotz in ihm wieder: "Und ich werde meine kleine Yvonne doch noch besuchen!" Er kramt seine wenige Habseligkeiten zusammen und schlürft zum Güterbahnhof, um den nächsten Zug nach dem Osten zu erwischen. Kaum, dass er mir Adieu sagte.

Am nächsten Morgen lese ich mit dicken Lettern in der Lokalzeitung: Tramp von den Rädern des Montrealzuges zermalmt. Schärfere Massnahmen gegen das Freightjumpen sind von der Bahnpolizei angekündigt. - Darunter steht die trockene Notiz: "Als der um 11 Uhr abfahrende Kontinentalzug hinter den Güter-

hallen in schnellere Fahrt kam, versuchte ein von der Weizenernte kommender Tramp die Seitenleiter eines Wagens zu erfassen, kam aber dabei anscheinend zu Fall und wurde von den Rädern der nachkommenden Waggons vollständig zermalmt. Die bei ihm gefundene Einwanderungskarte aus dem Jahre 1912 lautet auf den Namen Jimmy Stevens aus Schweden. Weitere Angaben wurden nicht gefunden, weshalb der Tote auf der Polizeistation aufgebahrt wurde."

Schweren Herzens begab ich mich dorthin, um dem Freunde Lebewohl zu sagen Der ehemals kräftige Körper war entsetzlich verstümmelt. In meinen Händen hielt ich den denkwürdigen Brief seiner Frau, den er in meinem Zimmer in der Aufregung zurückgelassen hatte. Ich gab den Behörden die Adresse, doch niemand wollte natürlich für einen mittellosen Wanderarbeiter die Kosten übernehmen, um die Leiche an seine Angehörigen zu schicken. Blutenden Herzens schrieb ich an die wartende Frau einen Brief mit der Mitteilung, dass ihr stolzer, unbändiger Jimmy mit der Liebe zu ihr und ihren Kindern verunglückt sei. Dann musste ich noch einige Tage in dem Farmerstädtchen bleiben, bis die Beerdigung freigegeben wurde, und trommelte dazu sämtliche Tramps und Arbeitslosen zusammen, die sich in den Strassen herumtrieben. Sie sollten das Andenken ihres Bruders ehren, auch wenn er nur in einer dunklen Ecke des Friedhofs verscharrt wurde.Und dem rebellischen Geiste Schwedenjimmys wäre sicher dieser merkwürdige Trauerzug auch der liebste gewesen. Eine lange Reihe zerlumpter Gesellen ging schweigend hinter dem Sarge her. In ihrer Mitte trugen sie einen riesigen Kranz mit der Inschrift: "Ihrem toten Bruder die Ruhe- und Heimatlosen der ganzen Welt."

Karl Moeller.

Mein Führer in Tlemcen.[x]

SPD. Mein Führer in Tlemcen ist der erste Araber, der mich nicht duzt. Er spricht ein vollkommenes Französisch, ist mehrmals in Paris gewesen, war Morgan attachiert, als der Milliardär Nordafrika bereiste, und spricht von seiner Freundschaft mit Ossendowski. Er ist unverheiratet, weil er die "Freiheit" liebt, und weil ihm die arabische Polygamie zu teuer wird. Die europäischen Sitten imponieren ihm, und er gibt sich den Anschein, auch dafür Verständnis zu haben, dass eine Frau allein auf Reisen geht. Er weiss, dass die Touristen gern "Kous-Kous" essen und den arabischen Hochzeiten beiwohnen möchten, und er führt sie auch dementsprechend, aber er verachtet die neugierigen Europäer deshalb, besonders wenn sie es nicht für nötig halten, durch eine hohe Bezahlung seiner Dienste wieder in seiner Achtung zu steigen.

Ob er Algerien, ob er Tlemcen liebt? Er ist hier geboren, hat sich in den wundervollen Gärten unter Olivenbäumen im hohen Grase gebalgt, an den wilden, üppigen Heckenrosen seine Hosen als Knabe zerrissen, wie andere Burschen auch die schweren, süssen Feigen gestohlen und die schwarzen Trauben abgeschnitten. Er hat sich den Glanz dieses wunderbaren Himmels jahrelang in die Seele leuchten lassen. Er kennt die Geschichte dieser Stadt, die einst das Athen Algeriens gewesen ist. Er kennt jeden Stein der "Grossen Moschee", der "Mosqué de Sidi-Bel-Hasan", die ein Museum geworden ist, und der anderen Denkmäler der Macht dieses alten Volkes und seiner vergessenen Herrscher. Er zeigt den Fremden mit Stolz die imposanten Ueberreste der Mansoura mit ihrem majestätischen Minaret. Er kann lange und liebevoll die blumigen, geometrischen und epigraphischen Arabesken erklären, die Verzierungen aus Gips und Holz, die an feine Spitzenarbeit erinnern. Er lenkt gern die Aufmerksamkeit der Fremden auf die wunderbaren Tore und Gitter aus Zedernholz, auf die Säulen aus Marmor, der gelblich und durchsichtig ist, auf die Leuchter und Türklopfer aus Bronze, auf die Wandfresken aus Mosaik von einer leuchtenden Kraft. Er wundert sich,wenn ein Ausländer nicht die "Mihrab" der Moschee mit ihrem kunstvollen Reichtum beachtet, und er erklärt, dass der "Iman" oder der Priester immer in der Richtung nach diesem Altar zu betet, denn das ist die Richtung nach Mekka.

Ob er aber Tlemcen liebt? Er nennt die Eingeborenen kurzweg "Sie" und spricht mit Sehnsucht von Paris. "Sie", ob muselmanisch oder jüdisch, sind für ihn ein dunkles Volk. Er führt die Fremden durch die wundervoll engen Gassen der Stadt und zeigt ihnen die reichen, mosaikbelegten Innenhöfe der anspruchslos aussehenden Häuser. Und er betont nicht mit Unrecht, dass Tlemcen neben Fez die aristokratischeste Stadt Nordafrikas sei. "Aber", sagt er, "sie" haben noch die alten Sitten beibehalten, den alten Kult, den alten Aberglauben". Er führt den Fremden weiter durch die bunte Menschenmenge, in der man noch heute die Abkömmlinge von Berbern, Negern, Spaniern, Andalusiern, Mauren, Türken unterscheiden kann. Er führt ihn durch das jüdische Viertel, wo das Arabische im Munde der unverschleierten Frauen so anders klingt. Und während die vielartige, vielsprachige, vielfarbige Menge um den Fremden wogt, sagt dieser Araber verächtlich: "Sie wollen sich nicht europäisieren, diese Dummköpfe".

Ja, sie wollen es nicht. Sie lernen in ihren "Medersas" den Koran auswendig, ohne ihn zu verstehen. Sie halten ihre Weiber in Sklaverei und Abhängigkeit und sind bösen und guten Geistern und Dämonen ergeben. Ihr Handel ist primitiv und wirkt lächerlich wie ihr Handwerk, und es ist noch heute wahr, dass vor dem Laden des Friseurs ein Kasten hängt mit den gezogenen Zähnen der kranken Kunden; zur Reklame sozusagen.

Ja, sie wollen sich nicht europäisieren, und diese gottbegnadete Stadt Tlemcen, die sich dauernd zu sonnen scheint, ist trotz beinahe hundertjähriger französischer Herrschaft arabisch geblieben wie am ersten Tage. Und wir, die wir nur für Stunden und Tage gekommen sind, halten uns fern von den Problemen und nehmen nur den Eindruck in uns auf, das Bild und die Stimmung.

Die heissen Sonnenstrahlen lassen selbst das Elend glanzvoll erscheinen, verwischen die Grenzen, versöhnen uns mit Kontrasten, erwecken in uns, den Europäern, den Kulturmenschen, eine leichte Sehnsucht nach Unmittelbarkeit. Doch der Führer sagt beim Abschied: "Evidemment (selbstverständlich), Paris ist Tlemcen nicht, und ein Moulin Rouge haben wir auch nicht.....

Sophie Kramstyk.

Hundert Jahre Arbeiterbildung.[x]

SPD. Vor einem Vierteljahrhundert, Ende September 1906, unterbreiteten Heinrich Schulz und Klara Zetkin dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie sozialistisch-prinzipielle Leitsätze zu dem Thema "Volkserziehung und Sozialdemokratie" und empfahlen die Einsetzung eines besonderen Bildungsausschusses für die Partei. Der Parteitag beschloss dann auch im Sinne der Referenten und setzte einen Bildungsausschuss ein. Die Leitsätze hoben den scharfen Gegensatz der sozialistischen und der bürgerlichen Bildungsbestrebungen hervor und stellten den proletarischen Bildungsvereinen die Aufgabe, für die theoretische Schulung ihrer Mitglieder durch planmässige Einführung in die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus zu sorgen.

Der Erinnerung an die Verselbständigung der sozialistischen Bildungsbestrebungen ist die in diesen Tagen erschienene Schrift "Politik und Bildung" von Heinrich Schulz (Verlag I.H.W. Dietz, Berlin 1931; Preis 1,60 Mark) gewidmet - eine Schrift, die in gedrängter Kürze die Geschichte der heute hundertjährigen Arbeiterbildung Deutschlands gibt. Mit dem Beginn der dreissiger Jahre sammeln sich deutsche Handwerker und Studenten in Paris um die Führer der sozialistischen Schulen und Geheimbünde Frankreichs. In den deutschen Geheimbundskreisen in Paris beginnt auch die Propagandatätigkeit Wilhelm Weitlings. Vor dem Ausbruch der Pariser Februarrevolution 1848 erscheint das "Kommunistische Manifest", das den Arbeitern neben der revolutionär-aufreizenden Propaganda eine theoretische Einführung in das Wesen der wirtschaftlichen Umwälzungen und der Klassenkämpfe bringt. Die Revolution von 1848/49 verblutete in dem pfälzischen

und badischen Aufstande, und erst mit den beginnenden sechziger Jahren regte sich wieder eine Arbeiterbildungsbewegung, die zuerst in unpolitischen Geleisen lief. Da gab dann Ferdinand Lassalle der ganzen Arbeiterbildungsbewegung eine ganz neue Wendung. Lassalle schuf den Typus der wissenschaftlich-politischen Propagandaschrift. Eine ganze Generation von Arbeiterführern schulte Lassalle wissenschaftlich durch seine wegweisenden Schriften, und er ist ganz von seiner grossen historischen Sendung durchglüht, "die Wissenschaft an das Volk zu bringen". Die sozialdemokratischen Vereine setzten die Arbeit Lassalles fort und vereinigten stets die politische Propaganda mit der politisch-wissenschaftlichen Schulung der Massen.

Nach Lassalle hat sich Wilhelm Liebknecht mit ganzer Hingebung der Verbreitung und Vertiefung der politischen Bildung des Proletariats gewidmet. Nach seiner Ueberzeugung hat der Arbeiterseine Haupttätigkeit auf die Umgestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu richten. Die "ausschliessliche Verfolgung" von Bildungszwecken hielt er für eine "zeitraubende Spielerei". Als das fluchwürdige Sozialistengesetz verscharrt war, suchte Wilhelm Liebknecht eine Arbeiterbildungsschule grossen Stils in Berlin zu gründen. Tausende strömten anfänglich dieser Schule zu, aber sie verliefen sich gar zu schnell wieder. Heinrich Schulz stellt nämlich fest: "Aber was sollten sie in der Schule lernen? Einführung in den Sozialismus? Geschichte als Lehrmeisterin für richtige Politik? Rechtskunde zur Sicherung ihrer öffentlich-rechtlichen und arbeitsrechtlichen Ansprüche? Nur wenige Schulteilnehmer meldeten sich für diese Fächer. Die meisten belegten Stenographie, Buchführung, Rechnen und Deutsch - Elementarfächer der Volksschule oder berufskundliche Kurse! Sie wollten ihre armselige Schulbildung und ihre beruflichen Qualitäten verbessern zum Zweck besseren Verdienstes. Das waren zwar sehr verständliche und achtbare, aber doch rein eigennützige Beweggründe, für die die Schule nicht bestimmt war, und die der sozialdemokratischen Bewegung wenig nützen konnten."

Jahre gingen ins Land, und die sozialdemokratische Bewegung wuchs riesig in die Breite. Der Mangel an durchgebildeten Parteigenossen wurde sichtbar. Da trat Heinrich Schulz im Jahre 1904 in der "Neuen Zeit" mit dem Gründungsplan einer neuen "Parteischule" hervor, "auf der eine Anzahl besonders gut veranlagter, zumeist jüngerer Genossen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands eine je nachdem längere oder kürzere Zeit in den wichtigsten Zweigen der sozialistischen Theorie und Praxis unterwiesen wurden", ferner mit dem Plan der Anstellung von Wanderrednern, die "Einzel- oder Zyklusvorträge über die Kernfragen des Sozialismus und seiner Hilfswissenschaften" halten sollten. Als sich im Januar 1905 im Hinblick auf die Tätigkeit des Goethe-Bundes in Bremen wochenlang Diskussionen über das Thema "Kunst, Wissenschaft und Klassenkampf" entzündeten, verstanden sich die hart miteinander ringenden Genossen - Friedrich Ebert, Alfred Henke, Hermann Müller, Wilhelm Pieck massen damals ihre Kräfte - zur Errichtung eines Bildungsausschusses. Im nächsten Jahre, auf dem Mannheimer Parteitag 1906, wurde dann ein Bildungsausschuss als Zentralstelle für Bildungsbestrebungen geschaffen. Ein ganzes Netz von Bildungsausschüssen legte sich nun über Deutschland. 1913 bestanden 400 Bildungsausschüsse, in denen über 2000 Parteigenossen tätig waren. Im Kriege wurde unter der Herrschaft des Burgfriedens eine Annäherung der verschiedenen Bildungsorganisationen versucht. In Weimar kam auch 1916 der Ausschuss der deutschen Volksbildungsverbände zustande, der aber nach dem Urteil von Heinrich Schulz keine rechte Wirksamkeit entfalten konnte, weil die Gegensätze über Wesen und Aufgaben der Volksbildung zu gross waren. Das Jahr 1923 endlich brachte den Zusammenschluss aller kulturell tätigen Verbände der sozialistischen Arbeiterbewegung im Sozialistischen Kulturbund.

In seiner Schrift "Politik und Bildung" hat Heinrich Schulz die wesentlichste Seite der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie, ihre kulturpolitische, in fesselnder, lebendiger Form dargestellt. Von ihren Kindesbeinen an ist

diese Partei in hervorragendem Masse eine Kulturpartei gewesen, die stets dem grossen Ziele des Lassalle'schen "Arbeiterprogramms" zustrebte, das "einen Aufschwung des Geistes, die Entwicklung einer Summe von Glück, Bildung, Wohlsein und Freiheit nerbeiführen" will, "wie sie ohne Beispiel dasteht in der Weltgeschichte." Paul Kampffmeyer.

SPD. Heinzelmännchen an der Waterkant.[x] Ein berühmtes Gedicht von Kopisch erzählt von den Heinzelmännchen, die es vordem in Köln "den Leuten so bequem" machten, den Handwerkern die Arbeit abnahmen, bis endlich die lästige Neugier der Menschen sie vertrieb. Eine ähnliche Sage findet sich auf der Insel Hiddensee. Die Geschichte ist etwas derber, wie sie der Art der Leute von der Wasserkante entspricht. In dem Fischerdorfe Vitte sollen die kleinen Männchen sich unter den Häusern aufgehalten haben. Sie wohnten auch unter dem Kuhstall eines Fischer, und eines Tages erschien diesem Fischer ein kleines Männchen und bat ihn, die Kuh anderswo unterzubringen, weil ihre Exkremente gerade auf den Tisch der unterirdischen Bewohner fielen. Die Leute aber entsprachen der Bitte nicht, und so verliessen die Unterirdischen die Insel und liessen sich vom Fährmann nach dem benachbarten Rügen übersetzen. Seit dieser Zeit gediehen Ernte und Vieh auf Hiddensee nicht mehr wie zuvor. Auf Rügen selbst glaubten die Schiffer ihr Vieh vor der Bezauberung durch den Teufel, der ihm Krankheiten anhexen sollte, dadurch schützen zu können, dass sie Heuforken kreuzweis über die Stallschwelle legten. Das hielt den Teufel ab, genau wie Mephisto im "Faust" das auf die Schwelle genagelte Hufeisen als Hindernis für seinen Eintritt empfindet.

SPD. "Gott ist ein Mythos".[x] Eine politische Reifeprüfung müssen in Sowjetrussland alle Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation durchmachen Auf ein Prüfungsfach wird dabei besonderer Wert gelegt: die antireligiöse Propaganda.

Ein bäuerlicher Jungkommunist, der aufgeregt vor der Kommission steht, wird gefragt: "Was ist Gott?" So, wie man es ihn gelehrt hat, antwortet er: "Gott ist ein Mythos." Man fragt weiter: "Und was ist Religion?" Prompt folgt die auswendig gelernte Antwort: "Religion ist Opium für das Volk." Die Kommission will noch wissen, wozu die Kirche da ist. "Um die Armen zu betrügen", antwortet der Prüfungskandidat. Als man ihm dann verkündet, dass er die Prüfung mit "Sehr gut" bestanden habe, ruft er voller Freude: "Gott sei Dank!" und bekreuzigt sich dreimal.

SPD. Afrikanische Musik.[x] Die Erforschung der afrikanischen Musik ist das Ziel einer Expedition, die der Professor für Musikgeschichte an der südafrikanischen Rand-Universität, Professor Kirby, angetreten hat. Der Gelehrte begab sich nach dem Bavenda-Land, um hier die Entstehung der afrikanischen Instrumentalmusik zu studieren. Er ist der Gast des Häuptlings Sibasa und hat von diesem einen eigenen Kral erhalten, in dem er seine Studien vornimmt. Der Häuptling hat ihm verschiedene ausgezeichnete Musiker des Stammes mitgegeben, die ihn in ihren Künsten unterrichten sollen. Der Forscher will sich besonders mit einem Blasinstrument beschäftigen, das aus einem Antilopenhorn besteht. Professor Kirby besitzt die grösste Sammlung von Musikinstrumenten der afrikanischen Eingeborenen, die es in der Welt gibt.

---

schädlichen Beize scheidete bisher an dem Vorurteil der Fabrikanten und auch eines Teils der Arbeiter. Um dieses Vorurteil aus dem Weg zu räumen, hat das internationale Sekretariat an verschiedenen Stellen Versuche mit dem neuen Verfahren anstellen lassen, ohne dass die Beteiligten um das Experiment Bescheid wussten. Und siehe da: das neue Verfahren bewährte sich glänzend.

Zu dem Kopenhagener Kongress sind 19 Vertreter angemeldet.

SPD. Eine bemerkenswerte Entscheidung traf das Landesarbeitsgericht Berlin in der Frage der Bezahlung unvorhergesehener Ruhetage. Eine grosse Berliner Baufirma hatte, weil sie mit der Baupolizei in Schwierigkeiten geriet, auf einer ihrer Baustellen Facharbeiter aussetzen lassen. Es kam infolgedessen zur Klage. Das Arbeitsgericht wies die Klage ab, weil die Kläger ihre Dienste nicht besonders angeboten hätten. Das Landesarbeitsgericht dagegen gab der Klage statt.

Der Arbeitgeber kann nach der Auffassung des Landesarbeitsgerichts in solchen Fällen von den Arbeitnehmern nicht ein besonderes Angebot der Dienste fordern. Er muss im Gegenteil nachweisen, dass die Arbeiter mit der Unterbrechung ihrer Tätigkeit ohne Bezahlung einverstanden waren. Dieser Nachweis konnte nicht erbracht werden. Es handelte sich im vorliegenden Fall um eine Betriebsstockung organisatorischer Art, für die eine besondere Verkehrsübung im Baugewerbe nicht festgestellt werden konnte. Bei einer Unterbrechung von wenig mehr als einer Woche und bei der verhältnismässig geringen Zahl der betroffenen Arbeiter konnte dem Arbeitgeber die Weiterzahlung des Lohnes durchaus zugemutet werden.

SPD. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird in der Schadenersatzklage, die zwischen ihm und der Eisenindustrie Nord-West schwebt, gegen das Urteil des Berliner Arbeitsgerichts Berufung einlegen.

Die Urteilsbegründung dürfte erst in etwa 10 Tagen vorliegen. Erst dann ist eine kritische Stellungnahme zu der Beweisführung des Berliner Gerichts möglich. So viel sieht man allerdings schon jetzt, dass das kürzlich ergangene Reichsarbeitsgerichtsurteil gegen die Firma Both & Tilmann, das in der Schadenersatzklage von Nord-West gegen den DMV eine Wendung zugunsten der Arbeiter gebracht hatte, von der Berliner ersten Instanz nicht berücksichtigt wurde. Aus dem Reichsarbeitsgerichtsurteil ergab sich eine Verletzung der Tarifpflicht durch Nord-West, und das hatte den DMV veranlasst, die Wiederklage zu erheben, die jetzt in erster Instanz abgewiesen worden ist.

SPD. Aus Gewerkschaftskreisen wird uns mitgeteilt, die Infanterieschule Dresden habe mit ca 100 Fähnrichen eine Reise an die Nordsee unternommen. Die Reise habe der Verwaltung etwa 12 000 Mark gekostet. Ferner habe eine "Belohnungsreise" der Infanterieschule nach Magdeburg stattgefunden, die etwa 7 000 Mark gekostet habe. Wo bleibe da die - den Arbeitern gegenüber scharf geübte - Sparsamkeit?

Niemand hat etwas dagegen, wenn in normalen Zeiten jungen Leuten, die später einmal Offiziere bei der Reichswehr werden sollen, etwas zu ihrer Belehrung gezeigt wird. Ob solche Reisen gerade jetzt in diesen Tagen der Not unbedingt notwendig sind, darf man bezweifeln.

---

diese Partei in hervorragendem Masse eine Kulturpartei gewesen, die stets dem grossen Ziele des Lassalle'schen "Arbeiterprogramms" zustrebte, das "einen Aufschwung des Geistes, die Entwicklung einer Summe von Glück, Bildung, Wohlsein und Freiheit nerbeiführen" will, "wie sie ohne Beispiel dasteht in der Weltgeschichte." Paul Kampffmeyer.

SPD. Heinzelmännchen an der Waterkant.[x] Ein berühmtes Gedicht von Kopisch erzählt von den Heinzelmännchen, die es vordem in Köln "den Leuten so bequem" machten, den Handwerkern die Arbeit abnahmen, bis endlich die lästige Neugier der Menschen sie vertrieb. Eine ähnliche Sage findet sich auf der Insel Hiddensee. Die Geschichte ist etwas derber, wie sie der Art der Leute von der Wasserkante entspricht. In dem Fischerdorfe Vitte sollen die kleinen Männchen sich unter den Häusern aufgehalten haben. Sie wohnten auch unter dem Kuhstall eines Fischer, und eines Tages erschien diesem Fischer ein kleines Männchen und bat ihn, die Kuh anderswo unterzubringen, weil ihre Exkremente gerade auf den Tisch der unterirdischen Bewohner fielen. Die Leute aber entsprachen der Bitte nicht, und so verliessen die Unterirdischen die Insel und liessen sich vom Fährmann nach dem benachbarten Rügen übersetzen. Seit dieser Zeit gediehen Ernte und Vieh auf Hiddensee nicht mehr wie zuvor. Auf Rügen selbst glaubten die Schiffer ihr Vieh vor der Bezauberung durch den Teufel, der ihm Krankheiten anhexen sollte, dadurch schützen zu können, dass sie Heuforken kreuzweis über die Stallschwelle legten. Das hielt den Teufel ab, genau wie Mephisto im "Faust" das auf die Schwelle genagelte Hufeisen als Hindernis für seinen Eintritt empfindet.

SPD. "Gott ist ein Mythos".[x] Eine politische Reifeprüfung müssen in Sowjetrussland alle Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation durchmachen Auf ein Prüfungsfach wird dabei besonderer Wert gelegt: die antireligiöse Propaganda.

Ein bäuerlicher Jungkommunist, der aufgeregt vor der Kommission steht, wird gefragt: "Was ist Gott?" So, wie man es ihn gelehrt hat, antwortet er: "Gott ist ein Mythos." Man fragt weiter: "Und was ist Religion?" Prompt folgt die auswendig gelernte Antwort: "Religion ist Opium für das Volk." Die Kommission will noch wissen, wozu die Kirche da ist. "Um die Armen zu betrügen", antwortet der Prüfungskandidat. Als man ihm dann verkündet, dass er die Prüfung mit "Sehr gut" bestanden habe, ruft er voller Freude: "Gott sei Dank!" und bekreuzigt sich dreimal.

SPD. Afrikanische Musik.[x] Die Erforschung der afrikanischen Musik ist das Ziel einer Expedition, die der Professor für Musikgeschichte an der südafrikanischen Rand-Universität, Professor Kirby, angetreten hat. Der Gelehrte begab sich nach dem Bavenda-Land, um hier die Entstehung der afrikanischen Instrumentalmusik zu studieren. Er ist der Gast des Häuptlings Sibasa und hat von diesem einen eigenen Kral erhalten, in dem er seine Studien vornimmt. Der Häuptling hat ihm verschiedene ausgezeichnete Musiker des Stammes mitgegeben, die ihn in ihren Künsten unterrichten sollen. Der Forscher will sich besonders mit einem Blasinstrument beschäftigen, das aus einem Antilopenhorn besteht. Professor Kirby besitzt die grösste Sammlung von Musikinstrumenten der afrikanischen Eingeborenen, die es in der Welt gibt.

---

tödlichen Beize scheidete bisher an dem Vorurteil der Fabrikanten und auch eines Teils der Arbeiter. Um dieses Vorurteil aus dem Weg zu räumen, hat das internationale Sekretariat an verschiedenen Stellen Versuche mit dem neuen Verfahren anstellen lassen, ohne dass die Beteiligten um das Experiment Bescheid wussten. Und siehe da: das neue Verfahren bewährte sich glänzend.

Zu dem Kopenhagener Kongress sind 19 Vertreter angemeldet.

SPD. Eine bemerkenswerte Entscheidung traf das Landesarbeitsgericht Berlin in der Frage der Bezahlung unvorhergesehener Ruhetage. Eine grosse Berliner Baufirma hatte, weil sie mit der Baupolizei in Schwierigkeiten geriet, auf einer ihrer Baustellen Facharbeiter aussetzen lassen. Es kam infolgedessen zur Klage. Das Arbeitsgericht wies die Klage ab, weil die Kläger ihre Dienste nicht besonders angeboten hätten. Das Landesarbeitsgericht dagegen gab der Klage statt.

Der Arbeitgeber kann nach der Auffassung des Landesarbeitsgerichts in solchen Fällen von den Arbeitnehmern nicht ein besonderes Angebot der Dienste fordern. Er muss im Gegenteil nachweisen, dass die Arbeiter mit der Unterbrechung ihrer Tätigkeit ohne Bezahlung einverstanden waren. Dieser Nachweis konnte nicht erbracht werden. Es handelte sich im vorliegenden Fall um eine Betriebsstockung organisatorischer Art, für die eine besondere Verkehrsübung im Baugewerbe nicht festgestellt werden konnte. Bei einer Unterbrechung von wenig mehr als einer Woche und bei der verhältnismässig geringen Zahl der betroffenen Arbeiter konnte dem Arbeitgeber die Weiterzahlung des Lohnes durchaus zugemutet werden.

SPD. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird in der Schadenersatzklage, die zwischen ihm und der Eisenindustrie Nord-West schwebt, gegen das Urteil des Berliner Arbeitsgerichts Berufung einlegen.

Die Urteilsbegründung dürfte erst in etwa 10 Tagen vorliegen. Erst dann ist eine kritische Stellungnahme zu der Beweisführung des Berliner Gerichts möglich. So viel sieht man allerdings schon jetzt, dass das kürzlich ergangene Reichsarbeitsgerichtsurteil gegen die Firma Both & Tilmann, das in der Schadenersatzklage von Nord-West gegen den DMV eine Wendung zugunsten der Arbeiter gebracht hatte, von der Berliner ersten Instanz nicht berücksichtigt wurde. Aus dem Reichsarbeitsgerichtsurteil ergab sich eine Verletzung der Tarifpflicht durch Nord-West, und das hatte den DMV veranlasst, die Wiederklage zu erheben, die jetzt in erster Instanz abgewiesen worden ist.

SPD. Aus Gewerkschaftskreisen wird uns mitgeteilt, die Infanterieschule Dresden habe mit ca 100 Fähnrichen eine Reise an die Nordsee unternommen. Die Reise habe der Verwaltung etwa 12 000 Mark gekostet. Ferner habe eine "Belehrungsreise" der Infanterieschule nach Magdeburg stattgefunden, die etwa 7 000 Mark gekostet habe. Wo bleibe da die - den Arbeitern gegenüber scharf geübte - Sparsamkeit?

Niemand hat etwas dagegen, wenn in normalen Zeiten jungen Leuten, die später einmal Offiziere bei der Reichswehr werden sollen, etwas zu ihrer Belehrung gezeigt wird. Ob solche Reisen gerade jetzt in diesen Tagen der Not unbedingt notwendig sind, darf man bezweifeln.